Protokoll

der 20. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 25. Juni 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Seyit Erdogan (SP), Fina Girard (Grüne), Niggi Rechsteiner (GLP), Beda Baumgartner (SP)*

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 4
3. Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 - 2027 (Nachfolge für Katharina Zimmermann), Bericht der WVKo 4
4. Jahresrechnung 2024 und Rechnung 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und BKK 6

Beginn der 20. Sitzung

Mittwoch, 25. Juni 2025, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[25.06.25 09:00:06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Rücktritt einer nebenamtlichen Richterin

Isabel Wachendorf Eichenberger hat den Rücktritt als nebenamtliche Richterin am Zivilgericht per Ende September 2025 erklärt. Die gesetzliche Frist von 6 Monaten gemäss § 64 GOG wurde nicht eingehalten. Der Grosse Rat hat die vorzeitige Beendigung des Amtes zu bewilligen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Rücktritt auf den gewünschten Termin zu bewilligen.

Ich danke der Zurückgetretenen für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission.

Kaffeespende

Eric Weber hatte gestern Geburtstag und spendiert aus diesem Grund heute den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich Eric Weber herzlich zum Geburtstag und bedanke mich für die grosszügige Geste.

Das waren meine Mitteilungen für heute Morgen. Wir kommen damit zur

Tagesordnung

Antrag auf dringliche Traktandierung. Die GPK beantragt Ihnen, den Rechenschaftsbericht der GPK, Traktandum 4, als dringlich zu traktandieren.

Wir stimmen darüber ab. Es wird ein Zweidrittelmehr benötigt.

2/3-Abstimmmung

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006822, 25.06.25 09:02:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung von Traktandum 4.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die dringliche Traktandierung entschlossen mit 82 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme und einer Enthaltung.

Antrag auf Terminierung. Raffaela Hanauer beantragt, Traktandum 7 zu terminieren. Sie möchten das Wort.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Ich stelle hier den Antrag auf Verschiebung des Traktandums 7 zur Dach- und Fassadenbegrünung des Globus-Gebäudes am Marktplatz auf Morgen, 15 Uhr am Nachmittag. Sofern es keine Nachmittagssitzung gibt, stelle ich den Antrag auf Terminierung als letztes Traktandum.

Wir haben den «Chrüzlistich» seit gestern gesehen. Er zeigt eine sehr grosse Diversität über alle politischen Lager hinweg. Es ist ein sehr komplexes Geschäft. Die UVEK hat den Hauptbericht, es gibt zwei Mitberichte der Kommissionen BRK und WAK. Es liegt ein Antrag von der WAK vor auf Rückweisung und die Kommissionspräsidien möchten sich gerne noch ein bisschen Zeit verschaffen, um sich besser absprechen zu können für eine möglichst konstruktive Debatte.

Es ist so, dass die Kommissionen der WAK und der UVEK heute über Mittag und morgen über Mittag noch tagen werden. Sollten wir ohnehin länger haben und eine Nachmittagssitzung stattfinden, wäre es für das Geschäft optimal für eine konstruktive Debatte, wenn es morgen am Nachmittag käme. Falls dem nicht der Fall ist, wären wir auch so flexibel, das dann als letztes Traktandum zu diskutieren. Ich stelle diesen Antrag in Absprache mit den beiden anderen Kommissionspräsidien der mitberichtenden Kommissionen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Präsidentin der WAK wünscht ebenfalls das Wort.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ja, tatsächlich, ich unterstütze dieses Vorgehen. Das gibt uns die Möglichkeit, in der WAK die nächsten Schritte in Ruhe noch einmal zu besprechen. Im Moment stehen wir vor einem eher chaotischen Stimmungsbild zu diesem Geschäft und ich glaube, es hilft der Sache auch für die zukünftige Regelung der Mehrwertabgabeeinsätze, wenn wir hier ein bisschen Zeitdruck rausnehmen und die Verschiebung auf morgen machen können. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Patrizia Bernasconi wünscht das Wort.

Patrizia Bernasconi (BastA): Ohne das mit meiner Fraktion besprochen zu haben, das ist meine eigene Meinung. Ich bin der Meinung, das sollen wir einfach so belassen. Das Geschäft ist nicht mehr das Geschäft der Kommissionen, das ist ein Geschäft des Grossen Rates und ich denke, das können wir gut, oder von den Fraktionen, das ist in der Fraktion besprochen worden, deshalb bin ich der Meinung, dass wir das einfach so belassen können, wie es jetzt ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Brigitte Kühne hat das Wort.

Brigitte Kühne (GLP): Auch wir Grünliberalen möchten Sie bitten, das Geschäft zu vertagen, damit wir das beste Vorgehen für die Stadtökologie, die Biodiversität sowie die Klimaadaption so wichtige Geschäft nochmals beraten können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Raffaela Hanauer hat sich nochmals gemeldet.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Ganz kurz, damit verständlich ist, was überhaupt die möglichen Wege sind, weshalb man das nochmals in beiden Kommissionen anschauen möchte. Es steht die Frage im Raum, ob nicht vielleicht eine Rückweisung an die Kommission anstelle der Regierung der konstruktivere Weg wäre, weil die Kommissionspräsidien Kenntnis davon haben, dass mehrere Rückweisungsbegründungen im Raum stehen und es für die Regierung, die keinen Draht direkt in die Fraktionen hat, demnach sehr schwierig werden könnte, so eine mehrheitsfähige Vorlage überhaupt zu entwickeln. Daher würden wir das so auch beantragen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zur Verschiebung (Terminierung), NEIN heisst keine Terminierung.

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 18 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006826, 25.06.25 09:07:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

Terminierung von Traktandum 7 auf Donnerstag 26.6. 15:00Uhr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben das Geschäft terminiert mit 70 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Der Grosse Rat beschliesst

die Tagesordnung zu genehmigen.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[25.06.25 09:07:58]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an Kommissionen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die vom Ratsbüro vorgeschlagenen Zuweisungen der Geschäfte zu genehmigen.

3. Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 - 2027 (Nachfolge für Katharina Zimmermann), Bericht der WVKo

[25.06.25 09:08:22, 25.5012.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wahlvorbereitungskommission beantragt, Urs Gloor als nebenamtlichen Richter für den Rest der laufenden Amtsdauer zu wählen.

Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende und vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt. Innerhalb der gesetzlichen Frist von 4 Wochen gemäss § 76 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen.

Das Wort hat der Präsident der Wahlvorbereitungskommission, Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Die Wahlvorbereitungskommission beantragt Ihnen die Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht Basel-Stadt für den Rest der Laufzeit, Amtsdauer 2022 bis 2027.

Diese Wahl ist notwendig geworden, da Frau Dr. iur. Katharina Zimmermann per 31. März 2025 von ihrem Amt zurückgetreten ist, um als Richterin am Appellationsgericht tätig zu werden. Nach Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen meldete die LDP Dr. iur. Urs Gloor. Weitere Vorschläge sind nicht eingegangen. Die

Wahlvorbereitungskommission hat die Wählbarkeitsvoraussetzung von Herrn Dr. iur. Urs Gloor geprüft und ein Gespräch mit ihm geführt.

Basierend auf dieser Prüfung beantragt die Wahlvorbereitungskommission dem Grossen Rat einstimmig, die Wahl von Dr. iur. Urs Gloor als Richter am Zivilgericht. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen oder Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit Zweidrittel der Stimmen offene Wahlen beschliessen.

Ich beantrage Ihnen hiermit offene Wahlen.

Wir kommen zur Abstimmung.

2/3-Abstimmmung

JA heisst offene Wahlen, NEIN heisst geheime Wahlen

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006830, 25.06.25 09:11:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für offene Wahlen entschieden mit 88 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Wir kommen zur Wahl.

Abstimmung

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von Urs Gloor zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006832,]*

Der Grosse Rat wählt als nebenamtlichen Richter am Zivilgericht Basel-Stadt

für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2027:

Dr. iur. **Urs Gloor** (geb. 1968, whft. in 4052 Basel).

Diese Wahl ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben Urs Gloor mit 91 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme gewählt.

Ich gratuliere dem gewählten nebenamtlichen Richter herzlich und wünsche ihm viel Freude im neuen Amt.

4. Jahresrechnung 2024 und Rechnung 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und BKK

[25.06.25 09:12:40, 25.5263.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Zu diesem Geschäft begrüsse ich auf der Regierungsbank auch den Präsidenten des Gerichtsrates, Herrn Stephan Wullschleger.

Die Finanzkommission beantragt Ihnen, die Rechnung 2024 zu genehmigen.

Ich gebe Ihnen den Ablauf der Beratung der Jahresrechnung bekannt. Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht der Finanzkommission und die Jahresrechnung, in welcher zunächst der Präsident der Finanzkommission das Wort erhält. Danach spricht die Präsidentin der BKK, welche einen Mitbericht zu den kantonalen Museen verfasst hat. Seitens der übrigen Sachkommissionen wurden keine Mitberichte eingebracht.

Nach den Kommissionen sprechen die Finanzdirektorin, der Vorsitzende des Gerichtsrates, anschliessend die Fraktionen mit je zehn Minuten und dann die Einzelvotierenden mit je maximal fünf Minuten. Das erste Schlusswort zum Eintreten hat der Vorsitzende des Gerichtsrates, danach die Finanzdirektorin sowie die Präsidentin der BKK und das ultimative Schlusswort hat wieder der Präsident der Finanzkommission. Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung. Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses auf Seite 57 des Berichts der Finanzkommission und die Schlussabstimmung. Gibt es zu diesem Ablauf Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass sie mit dem Vorgehen einverstanden sind.

Nun kommen wir zur Eintretensdebatte und ich übergebe dem Präsidenten der Finanzkommission Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Ich darf Ihnen auch in diesem Jahr namens der Finanzkommission über einen erfreulichen Rechnungsabschluss des Kantons und einen damit verbundenen Überschuss berichten. Gerne hierzu zunächst einige finanzielle Eckwerte:

Der Kanton schliesst das Jahr 2024 mit einem Überschuss von knapp 106 Millionen Franken ab. Budgetiert war inklusive vom Grossen Rat im Verlauf des Jahres beschlossener Nachtragskredite und Budgetpostulate in Höhe von insgesamt 15,2 Millionen Franken ein Überschuss von 67,3 Millionen Franken. Das sind also 39 Millionen Franken mehr als vorgesehen. Bei einem Gesamtvolumen von rund 4,8 Milliarden Franken liegt die Budgetabweichung bei nur 0,8 Prozent, ein bemerkenswert gutes Ergebnis. Dieses Resultat spricht für eine umsichtige Haushaltsführung und eine funktionierende Steuerung von Einnahmen und Ausgaben durch Regierung und Verwaltung. Die Finanzkommission würdigt dies ausdrücklich.

Auf der Einnahmenseite zeigt sich ein gemischtes Bild. Die kantonalen Steuereinnahmen fielen insgesamt um rund 50 Millionen Franken geringer aus als budgetiert, vor allem weil die Einkommenssteuern, 53 Millionen Franken unter Budget, die Erwartungen nicht ganz erfüllten. Auch die Erbschafts- und Grundstückgewinnsteuern blieben unter Budget. Erfreulicherweise konnten diese Mindereinnahmen durch einen unerwartet hohen Anteil an der direkten Bundessteuer kompensiert werden. Dieser fiel um 92 Millionen Franken höher aus als geplant. Diese Volatilität zeigt aber auch die strukturelle Unsicherheit solcher Einnahmen. Weniger erfreulich ist die Tatsache, dass es erneut keine SNB-Gewinnausschüttung gab, zum zweiten Mal in Folge. Für Basel-Stadt bedeutete das eine budgetäre Einbusse von 45 Millionen Franken.

Die Investitionen beliefen sich 2024 auf 379 Millionen Franken, einer im Vergleich zum Vorjahr leicht tieferer, aber immer noch sehr hoher Wert. Erfreulich ist vor allem, dass der Selbstfinanzierungsgrad bei 90 Prozent lag. Der Kanton konnte also fast sämtliche Investitionen aus eigenen Mitteln stämmen. Ein starkes Zeichen finanzieller Solidität. Zu den grössten Investitionsprojekten zählten etwa der Neubau des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs, die Erneuerung der Gleisinfrastruktur, die Erweiterung der Abwasserreinigung sowie das Darlehen an das Universitätsspital. Es handelt sich dabei um langfristige Investitionen in die Lebensqualität, die Gesundheit, die Umwelt und dem Bildungsstandort Basel.

Auf der Ausgabenseite lagen die Departemente rund 14 Millionen Franken unter Budget. Dies vor allem dank tieferer Ausgaben für Prämienverbilligungen und höhere Einnahmen bei der Mehrwertabgabe. Gleichzeitig gab es aber auch bewusste Mehrausgaben, beispielsweise durch die Umsetzung des Massnahmenpakets zur Stärkung der

familienergänzenden Kinderbetreuung. Erstmals ausgewirkt hat sich im Rechnungsjahr 2024 auch das Steuerpaket, welches im März 2023 von der baselstädtischen Stimmbevölkerung angenommen wurde und auf das Rechnungs- respektive Steuerjahr 2024 wirksam wurde. Dieses hat die Jahresrechnung um 112 Millionen Franken belastet.

Die Zahl der Vollzeitstellen ist weiter angestiegen von rund 8'864 im Jahr 2020 auf 9'455 im Berichtsjahr 2024. Diese Entwicklung widerspiegelt den wachsenden Aufgabenbestand, sei es im Bildungsbereich, in der Digitalisierung oder im Gesundheitswesen. Die Finanzkommission anerkennt, dass das Personalwachstum differenziert zu betrachten ist und je nach Bereich begründet ist.

Erfreulich ist, dass der Kanton seit 2021 über ein Nettovermögen verfügt. Aktuell beträgt es 414 Millionen Franken, auch wenn es im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig ist. Die tragende finanzpolitische Stärke des Kantons zeigt sich auch in der Bestätigung des Tripel «AAA» Ratings durch S&P Global, eine Bewertung, die Basel-Stadt in der Schweiz mit nur wenigen Kantonen teilt.

Die Finanzkommission hat sich in früheren Berichten zur Rechnung und zum Budget mit möglichen Massnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität befasst und den Regierungsrat darin bestärkt, in verschiedenen Bereichen aktiv zu werden. Die im Jahr 2023 beschlossene temporäre Arbeitsmarktzulage bei der Kantonspolizei unterstrich diesen Willen zusätzlich. Im Hearing mit dem Finanzdepartement respektive mit HR BS wurde der betont, dass beim Kanton ein allgemeiner Fach- und Personalmangel besteht. Über 50 Prozent der Mitarbeitenden sind über 45 Jahre alt. Die sogenannte Generation Z stellt nur rund 10 Prozent. Ich habe gestern Abend noch recherchiert, der Grosse Rat hat eine noch tiefere Generation Z-Quote als die kantonale Verwaltung, nämlich 8 Prozent. Bis 2034 wird sich die Zahl der Pensionierungen verdoppeln. Der Handlungsbedarf ist also entsprechend gross, insbesondere gerade im Hinblick auf jüngere Arbeitnehmende.

Deshalb wurde das Projekt «Arbeitgeberattraktivität steigern» lanciert, welches thematische Massnahmenpakete umfasst, die in einem partizipativen Prozess erarbeitet werden, sowie die Umsetzung kurzfristiger Verbesserungen, sogenannte «Quick Wins», wie zum Beispiel Umkleidezeit-Entschädigung, höhere Lehrlingslöhne oder der dreiwöchige Schwangerschaftsurlaub. Weitere Massnahmen wie das Jobticket befinden sich in Beratung respektive werden wohl heute oder morgen hier im Grossen Rat beschlossen respektive zumindest besprochen. Uns gegenüber wurde im Hearing mitgeteilt, dass zudem ein umfassendes Lohnmassnahmenpaket in Vorbereitung sei. Dieses Hearing fand im Frühjahr 2025 statt, als es noch nicht publik war, dieses liegt nun Ihnen in der Zwischenzeit vor.

Die Finanzkommission begrüsst, ungeachtet nun des Entscheides zum Lohnmassnahmenpaket, die laufenden Arbeiten zur Steigung der Arbeitgeberattraktivität, erwartet jedoch auch, dass bestehende Vorteile, etwa die Leistungen der staatlichen Pensionskasse für Arbeitnehmende, stärker im Rekrutierungsprozess kommuniziert und bereits gefällte politische Beschlüsse, wie die Lohnerhöhung bei der Kantonspolizei, unabhängig davon zeitnah umgesetzt werden. Angesichts der bevorstehenden Pensionierungswelle, da ist sich die Finanzkommission einig, sind diese Massnahmen dringend.

Ich komme nun zu einzelnen Bemerkungen zu den Departementen.

Zum Präsidialdepartement und zum Kunstmuseum:

Die Finanzkommission hat sich über die Situation beim Kunstmuseum Basel informieren lassen. Für das Jahr 2024, Sie wissen das, genehmigte der Grosse Rat einen Nachtragskredit in Höhe von 2,55 Millionen Franken, da die absehbare Budgetüberschreitung nicht durch Reserven gedeckt werden konnte. Dank einschneidender Massnahmen wurde der bewilligte Kredit nicht vollständig beansprucht. Im Hinblick auf weitere Spar- und Restrukturierungsmassnahmen ist zu bedenken, dass tiefgreifende Kürzungen im Museumsbetrieb auch kontraproduktive Folgen haben können. Einerseits besteht die Gefahr, dass zentrale Aufgaben nicht mehr in der erforderlichen Qualität erfüllt werden können, andererseits kann eine Reduktion des Programms auch zu einem Rückgang der Besucherzahlen sowie der Drittmitteleinnahmen führen. Die Finanzkommission begrüsst die bisher ergriffenen Anstrengungen und wird die finanzielle Entwicklung des Kunstmuseums auch im Austausch mit dem Präsidialdepartement weiterhin aufmerksam verfolgen.

Zum NMB und StABS:

Die Finanzkommission informierte sich auch über den Neubau des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs. 2024 gab es neue Herausforderungen, über welche auch schon hier berichtet wurde. Etwa zusätzliche Anforderungen für Arbeitsplätze, die Ertüchtigung des Widerlagergebäudes der Luzernerringbrücke, Bauverzögerungen bei der Dichtigkeit, Mehrkosten durch Teuerung sowie Schlechtleistung und Rückzug des Baumanagements. Nach Reorganisation des Planungteams laufen die Arbeiten geordnet, der Innenausbau schreitet voran. Die Gebäudeübergabe ist aber bedauerlicherweise erneut verzögert und nun für Februar 2027 erst geplant, was auch Einfluss auf die Eröffnung des Staatsarchivs und des NMB haben wird. Ein Antrag auf Erhöhung der Ausstattungskosten wird vermutlich oder allerdings nötig sein, da Teuerung und neue Anforderungen die Kalkulation übersteigen. Zudem wird eine Verlängerung der Projektkoordination um vier Jahre beantragt. Die Finanzkommission wird die Fortschritte weiter verfolgen und sich auch weiterhin mit den zuständigen Stellen aus dem Präsidial- und dem Bau- und Verkehrsdepartement darüber austauschen.

Zum Bau- und Verkehrsdepartement:

Wegen des ESC und der UEFA Women's EURO 2025 wurden Bauprojekte in Basel-Stadt verschoben oder unterbrochen. Die Finanzkommission prüfte Auswirkungen auf Kosten und Zeitpläne. So bleiben die Veranstaltungsorte baustellenfrei, einige Baustellen pausieren in diesem Jahr deshalb auch bis zu drei Monate. Laut Bau- und Verkehrsdepartement entstehen aber keine nennenswerten Mehrkosten, die, wenn sie entstehen würden, durch die Projektreserven gedeckt sind. Die Finanzkommission nimmt dies zur Kenntnis.

Diskutiert haben wir auch die Objektabrechnungen. Für die finanzielle Abwicklung von Bauvorhaben gelten gemäss BVD klare Vorgaben im Handbuch für Steuerung und Ausgaben, um Transparenz und korrekte Mittelverwendung sicherzustellen. Bei Ausgaben über 300'000 Franken ist von der Departementsvorsteherin des BVD eine Schlussabrechnung vorzulegen. Innerhalb eines Jahres nach Projektabschluss muss eine Objektabrechnung alle Kosten, Nachträge, Mängel, Schadensersatzforderungen und Dokumentationen enthalten. Die 2023 abgeschlossenen Projekte wurden 2024 abgerechnet und der Finanzkontrolle vorgelegt, die ausgewählte Objektabrechnungen prüfte. Sieben von 16 Abrechnungen sind verzögert, vier wegen Arbeitsauslastung, eine wegen offener Leistungen, zwei wegen Buchungen im 2023 und werden somit erst 2025 nachgereicht.

Der Mehrwertabgabefonds, ein Top, um es salopp zu formulieren, verfügt über 76,2 Millionen Franken, und die Finanzkommission wollte wissen, wie er sich künftig angesichts der bereits heute vorhandenen beträchtlichen Mittel weiterentwickelt. Laut Departementsvorsteherin BVD sei hierzu eine Prognose schwierig, da Gemeinnützigkeit und Planungen die Einnahmen beeinflussen. Zudem ist die Fondabgabe Verhandlungssache, wobei Bauherren selbstredend geringe Beiträge anstreben. 2024 überstiegen die Einnahmen, 26 Millionen Franken, die Ausgaben, diese waren bei 13,6 Millionen Franken. In den nächsten zehn bis 15 Jahren werden durch Transformationsareale weiterhin hohe Einnahmen erwartet, die den Fondsbestand erhöhen. Danach allerdings dürfte der Zufluss sinken, weshalb ein höherer Bestand nun nötig und richtig ist, um Projekte nachhaltig zu finanzieren, wenn die genannte Entwicklung der Transformationsareale abgeschlossen ist.

Zum Erziehungsdepartement:

Die Finanzkommission prüfte die steigenden Stellvertretungskosten für Unterrichtsausfälle und befragte die Volksschulleitung zu Gründen und Massnahmen. Seit 2018 stiegen die Kosten um 53 Prozent, obwohl der Lektionsanstieg nur 15 Prozent betrug. Dass steigende Schülerzahlen mehr Lehrpersonen und folglich mehr Ausfälle nach sich ziehen, erklärt somit nur einen kleinen Teil des Anstiegs. Eine detaillierte Analyse der weiteren Gründe sei aufgrund der sehr begrenzten Auswertungsmöglichkeiten des Erfassungssystems und des Datenschutzes nicht möglich, weswegen das ED lediglich Mutmassungen über weitere Faktoren anstellen kann. Das ED nennt dazu die Erhöhung des bezahlten Urlaubs bei Betreuungsengpässen, die Verdoppelung des Vaterschaftsurlaubs seit 2022 sowie der Abbau von angesammelten Lektionen und Ferienguthaben. Steigende Schülerzahlen erklären dies also nur teilweise und das ED führte dann gegenüber der Finanzkommission diesen erhöhten Urlaub- und Guthabenabbau an, doch gab selber zu, dass präzise Analysen wegen Datenschutz und begrenztem Erfassungssystem eben fehlen. Krankheitsausfälle, die seit 2022 fast verdoppelte Kosten verursachen, seien aber der Hauptgrund. Ob dies pandemiebedingt oder schulspezifisch ist, bleibt unklar.

Das ED plant deshalb nun eine Arbeitsgruppe zur verbesserten Erfassung und Analyse von Abwesenheiten. Die Finanzkommission begrüsst dies, kritisiert aber, warum dies erst jetzt geschieht, da der Anstieg ja schon 2022 klar war. Sie versteht nicht, weshalb die vorherige Departementsleitung diese Arbeitsgruppe nicht schon einsetzte, da ohne Ursachenanalyse keine Lösungen möglich sind. Entsprechend bemängelt die Finanzkommission, dass die höheren Kosten nicht früher budgetiert wurden, begrüsst aber Massnahmen für mehr Kostenwahrheit. Diese Kostenwahrheit wurde in Bezug auf das von Ihnen bereits genehmigte Budget 2025 auch vor einigen Wochen sichtbar. Der Regierungsrat genehmigte im Bereich Volksschulen eine Kreditüberschreitung in Höhe von 14,6 Millionen Franken und informierte darüber auch die Öffentlichkeit.

Illegitime Zahlung an den Gewerbeverband. Unter keinem guten Stern stand oder steht das Talentförderprogramm «Unternehmer Campus» des Gewerbeverbandes Basel-Stadt. Der Grosse Rat hatte nach längerer Diskussion in der vorberatenden Bildungs- und Kulturkommission erst im Januar 2025 eine Ausgabe von insgesamt 340'000 Franken, das sind 85'000 Franken pro Jahr, bewilligt. Schon damals monierte die BKK, dass beim Geschäft Berechnungsfehler bestanden und kürzte den Beitrag, da der Gewerbeverband Flächen, die nur teilweise vom Unternehmer Campus genutzt werden, dem Kanton vollständig in Rechnung stellte und das zuständige Erziehungsdepartement, aber auch das Finanzdepartement dies nicht merkte. Auf voreilige Rechnungsstellung des Gewerbeverbandes erfolgte jedoch bereits im Dezember 2024, also noch vor dem Beschluss des Grossen Rates, eine erste Zahlung des Erziehungsdepartementes in Höhe von 20'000 Franken an den Gewerbeverband. Am 28. Januar 2025 folgte dann nach dem Beschluss des Grossen Rates eine zweite Überweisung in Höhe von 85'000 Franken, was diesem Jahresbeitrag entspricht. Erst die Finanzkontrolle stellte fest, dass der Gewerbeverband also für das erste Projektjahr insgesamt 105'000 Franken erhalten habe, obwohl nur 85'000 Franken vorgesehen waren.

Das ED erklärte gegenüber der Finanzkommission, dass, als die zweite Rechnung beim ED einging, übersehen wurde, dass bereits 20’000 Franken in Rechnung gestellt und überwiesen waren und dies erst noch ohne bereits vorhandenen gültigen Grossratsbeschluss. Der zu viel überwiesene Betrag wurde danach umgehend zurückverlangt. Der Genehmigungsprozess für Rechnungen wurde nun so angepasst, dass die für die Leistungsvereinbarung verantwortliche Person im SAP-Workflow hinterlegt ist und zukünftig die Rechnungen nach Eingang genehmigen wird. Entsprechende Fehler können somit, so das ED, vermieden werden. Die Finanzkommission hält fest, dass die Erwartung besteht, dass solche Fälle nicht wieder vorkommen, sowohl in Bezug auf Auszahlungen vor Beschlussfassung des Grossen Rates und Zahlungen in dieser Form.

Zum Finanzdepartement und zur IT:

Die Finanzkommission liess sich über das Security Operations Center, das heisst SOC, der kantonalen Verwaltung informieren, dass sicherheitsrelevante Ereignisse in der IT-Infrastruktur überwacht, Bedrohungen frühzeitig erkennt und darauf reagiert. Das SOC mit drei Mitarbeitenden hat Cyberangriffe wie Phishing, Malware und unbefugte Zugriffe erfolgreich abwehren können. Langfristig sei eine Erweiterung geplant, um die Cyber-Resilienz zu stärken. Das SOC ist noch im Aufbau, umfasst daher noch nicht alle Departemente. Die Finanzkommission wird sich deshalb weiterhin auch mit dem FD über das SOC austauschen.

Ein weiteres Thema war die Einführung von Microsoft 365. Die Finanzkommission sieht darin eine strategische Investition mit Chancen und Risiken. Initialkosten für Implementierung, Schulungen und Infrastrukturanpassung sowie laufende Lizenzgebühren belasten den Haushalt, doch M365 ermöglicht effizientere Prozesse und niedrige Betriebskosten, die langfristig die Ausgaben überkompensieren könnten. Diverse Sicherheitsmassnahmen, wie die Zwei-Faktor-Authentifizierung, reduzieren Cyberrisiken. Die Risikominimierung trägt somit direkt zur finanziellen Stabilität bei.

Im Bereich Datenschutz äusserte die Datenschutzbeauftragte Bedenken hinsichtlich des möglichen Zugriffs durch US-Behörden und hinsichtlich des Verlusts der Datenhoheit. Um diese Risiken zu minimieren, werden besonders schützenswerte Daten primär in lokalen Fachanwendungen verarbeitet, Daten mit sehr hohem Schutzbedarf oder als geheim eingestufte Inhalte bleiben vollständig von der Cloud-Nutzung ausgeschlossen. Zudem gewährleisten technische Massnahmen die Kontrolle über die Datenhoheit. Gestützt wird die Entscheidung des Regierungsrates, auf M365 zu setzen, wobei auch bis dato niemand eine sinnvolle Alternative präsentieren konnte, auf zwei Gutachten. Eine Rechtsgrundlagenanalyse einer Kanzlei kam zum Schluss, dass keine neuen Gesetze erforderlich sind und die bestehenden Datenschutz- und Auftragsbearbeitungsregeln ausreichen. Ergänzend bewertete ein Memorandum einer US-Kanzlei die Wahrscheinlichkeit eines Zugriffs durch US-Behörden als äusserst gering, unter 5 Prozent, diese fundierten Einschätzungen stärken die Grundlage für die Entscheidung.

Die Mitglieder der Finanzkommission bewerten die Einführung von M365 unterschiedlich. Einig ist sich die Kommission aber darin, dass eine sorgfältige Überwachung der Kostenentwicklung sowie der Abhängigkeitsrisiken essentiell ist, um die finanzielle Tragbarkeit zu gewährleisten.

Zur Spitalplanung im GD:

Bezüglich der Investition in die Spitalneubauten K2 und K3 ist für das Berichtsjahr insbesondere auf die Überprüfung der Einhaltung der Tragbarkeitsgrenzen für die Neubauten K2 und K3 plus Fortschreibung Teuerung in der Höhe von 1,7 Milliarden Franken hinzuweisen. Dies machte offenbar eine Kostenoptimierung für den Neubau des K3 notwendig, die aktuell eine angepasste Planung unter Verzicht des geplanten Turmes des K3 zur Folge hat. Die Planungsanpassungen umfassen massgeblich neu geplante effizientere Leistungserbringungen sowie Prozessoptimierungen, Ambulantisierungen und Verdichtungen, womit auf rund 6’400 m2 Nutzfläche verzichtet werden kann.

Unbesehen eines gewissen Erstaunens, dass innerhalb relativ kurzer Zeit doch sehr massgebliche Anpassungen an der früheren Spitalplanung «Campus Gesundheit» gemacht werden konnten und offenbar auch mussten, begrüsst die Finanzkommission die überarbeitete und kostenoptimierte Planung des K3 durch das Unispital.

Zum JSD:

Konkret befragt haben wir das JSD zur Immobilienstrategie des Departements. Das JSD verfolgt keine departementsübergreifende Immobilienstrategie, da die Kernaufgaben der Dienststellen stark unterschiedlich sind. Stattdessen gibt es mehrere auf spezifische Bedürfnisse abgestimmte Teilstrategien, bisher gesteuert durch die Dienststelle «Services». Mit der Zusammenführung der Dienststelle «Services» und des Generalsekretariats wird die Steuerung der Immobilienstrategien gestärkt, was die Finanzkommission ausdrücklich begrüsst. So zeigte sich beispielsweise die Umsetzung der Zwei-Zentralen-Strategie, insbesondere beim Umbau und der Instandsetzung des Spiegelhofs, als grosse Herausforderung. Es kam bekanntlich zu baulichen Verzögerungen und Mehrkosten durch Projektänderungen. Diese sind auch auf eine mangelhafte Projektorganisation und Priorisierung der Bestellung zurückzuführen. Die Finanzkontrolle hält dies ausführlich und deutlich in ihrem Prüfbericht fest. Die Mehrkosten durch Bestellungsänderungen von Seiten der Nutzerin belaufen sich auf rund 3,5 Millionen Franken bzw. rund 40 Prozent der gesamten Projektänderungskosten. Hinzu kommt die Aufstockung und das «Open Space» Konzept, welches für sich betrachtet rund 5 Millionen Franken Mehrkosten verursachte und von der ursprünglich vorgesehenen Nutzung nicht wirklich erwünscht war. Diese Umstände zeigen, dass für die

Umsetzung der Immobilienstrategie eine hohe Priorität bei der Bestellung und eine entsprechend klare Steuerung, beispielsweise durch finanzielle Übersicht notwendig sind. Die Finanzkommission begrüsst deshalb die verstärkte Koordination durch die erwähnte Reorganisation, fragt jedoch, wie das Drei-Rollen-Modell optimiert werden kann, um Nutzungsbedürfnisse und Raumbedarf besser abzustimmen.

Die Finanzkommission monierte bei der Jahresrechnung 2023, dass der Personalaufwand im JSD trotz starkem Unterbestand bei der Kantonspolizei über dem Budget liegt und dass diese Praxis zu prüfen sei. Die Jahresrechnung 2024 zeigt nun einen Personalaufwand von 283,5 Millionen Franken. Damit liegt der Aufwand immer noch 1,7 Millionen Franken über dem Budget und gegenüber der Rechnung 2023 um 11,2 Millionen Franken höher. Gleichzeitig ist der Unterbestand bei der Dienststelle Kantonspolizei aber weiter um zehn auf 130 Stellen gewachsen. Das JSD begründet die höheren Personalkosten mit systembedingten Effekten wie der Teuerung von 1,5 Millionen Franken oder bewussten Personalentscheidungen. Die Finanzkommission ist nach wie vor der Meinung, dass diese Budgetpraxis zu prüfen ist. Auch erwartet die Finanzkommission eine Auswertung über die Wirkung der im Frühling 2023 gewährten Arbeitsmarktzulage.

Informationen wollte die Finanzkommission auch zu unmittelbaren finanziellen Auswirkungen des Berichts Schefer. Das JSD erklärte, da neben der Erstellung des Berichts auch Kosten für die externe Begleitung des Kulturwandels anfallen. Dazu zählen Personalmassnahmen wie Abgangsentschädigungen, interimistische Besetzungen und juristische Begleitung. Für diese wurden Rückstellungen von 1,9 Millionen Franken gebildet. Für die kommenden Jahre werden keine wesentlichen Mehrkosten durch den Bericht erwartet.

Die Finanzkommission erkundigte sich nach den Gründen für den Rückgang der Beiträge an die Polizeischule Hitzkirch um 400’000 Franken. Das JSD führte aus, dass die Leistungspauschale an die Polizeischule nach dem Tragfähigkeitsprinzip mit drei Faktoren berechnet wird. Das JSD erklärte, dass der Anstieg der Einwohnerzahl bei gleichzeitigem Rückgang der Teilnehmertage der Aspiranten und der Verringerung der Korpsgrösse zu einer leichten Reduktion der Ausbildungsbeiträge führte. Im Jahr 2024 standen bei der Kapo 51,2 Personen in Ausbildung. Das geplante Niveau von 62,7 konnte damit nicht erreicht werden. Das JSD führte aus, dass in die Rekrutierung investiert werde, sich diese aber schwierig gestalte. Dies sei schweizweit eine Herausforderung, von welcher viele Korps stehen. Die Finanzkommission begrüsst die Forcierung der Rekrutierungsbemühungen, liegt doch hier ein grosses Potential, den Personalbestand zukünftig zu erhöhen respektive, man muss es so sagen, den Unterbestand zu minimieren.

Nun gerne zum WSU:

Das Budget für die Prämienverbilligungen wurde 2024 um 11,2 Prozent, das sind 14,2 Millionen Franken, unterschritten. Die Finanzkommission liess sich hierzu die Gründe im Hearing erläutern. Der Rechtsanspruch auf PV, Prämienverbilligungsleistungen, gilt unabhängig zum Budget. Zur Unterschreitung führten mehrere Effekte, eine zu frühe Budgetierung überschätzte die Ausgaben 2023, die Zahl der Bezüger wurde überschätzt, genau wie das Sozialhilfewachstum in Riehen. Die Abgeltung uneinbringlicher Prämien fiel tiefer aus, jedoch nicht wegen nicht Inanspruchnahme. Weitere Faktoren waren die EL-Reform und eine höhere Bundesbeteiligung. Wegen gestiegener Einkommen sanken die Bezüge bei Personen mit tiefen Einkommen.

Die kalte Progression wirkt sich bei einkommensabhängigen Prämienverbilligungen negativ aus. Lohnerhöhungen durch Teuerungsausgleich führen nicht automatisch zu angepassten Beiträgen, wodurch Personen trotz real gleichbleibendem Einkommen den Anspruch verlieren. Eine Mehrheit der Finanzkommission regt daher einen Ausgleich der kalten Progression an.

Bei den Mietzinsbeiträgen führt der Anstieg der Einkommen zu einem Rückgang der Ansprüche. Der Anspruch richtet sich nach dem Einkommen, die Beitragshöhe nach der Miete. Die kalte Progression wirkt sich negativ aus, da die Einkommensgrenzen statistisch sind und die Teuerung nicht berücksichtigen. Steigende Einkommen führen somit zu tieferen Beiträgen. Auch hier regt eine Mehrheit der Finanzkommission an, die kalte Progression auszugleichen.

Zur Messe:

Der Aktienkurs der MCH Group sank 2024 erneut, was wieder zu einer Wertberichtigung der kantonalen Beteiligung um 2,3 Millionen Franken führte. Das WSU betonte gegenüber der Finanzkommission die Bedeutung einer gut funktionierende MCH Group für den Messe- und Kongressstandort Basel. Der Börsenkurs sei trotz geringem Handelsvolumen ein Indikator, aber nur begrenzt aussagekräftig, da rund 80 Prozent der Aktien von Ankeraktionären gehalten werden. 2024 erzielte die MCH erstmals seit 2016 einen leicht positiven Abschluss, allerdings nur dank eines Sondereffekts, konkret einer Gutschrift eines Versicherungsfalls, was die Euphorie nun doch etwas bremst. Die Rückkehr zur nachhaltigen Profitabilität muss also auch aus Sicht der Finanzkommission ein zentrales Ziel bleiben.

Last, but not least, noch zu den Gerichten:

Der Gerichtsrat bezeichnete in seinem Jahresbericht eine Integration der Gerichts-IT in die kantonale IT als problematisch, das ist ein Zitat, und will daher nicht am kantonalen IT-Programm «Pharos» teilnehmen, das eine umfassende Neuausrichtung der IT, insbesondere bei der Informationssicherheit vorsieht. Die Finanzkommission wollte daraufhin vom

Gerichtsrat erfahren, wie dieser Entscheid zustande kam und welche finanziellen Folgen er hat. IT BS forderte gemäss Gerichtsrat Anfang 2023 eine rasche Entscheidung der Gerichte für eine vollständige Integration, «all in», oder eine vollständige Eigenständigkeit, «all out», schloss aber den bisherigen Status quo aus. Eine von den Gerichten verlangte Kostenaufstellung konnte IT BS bis heute nicht liefern. Der Gerichtsrat kritisierte die mangelnde Flexibilität und Reaktionszeit von IT BS sowie deren tiefere Sicherheitsstandards. Die vollständige Integration hätte zudem die Einführung einer neuen Gerichtsfachsoftware gefährdet.

Im Juni 2024 informierte der Gerichtsrat den Regierungsrat entsprechend, dass er am Status quo festhalten wolle. Der Regierungsrat erklärte im April 2025, dass dieser Status nicht mehr möglich sei. Die Gerichte müssen daher den Weg «all out» gehen, um ihre Standards und Digitalisierungsprojekte zu sichern. Die erwarteten Kosten sind dabei bei 2 Millionen Franken einmalig, 1,1 Millionen Franken wiederkehrend jährlich und drei zusätzlichen Vollzeitstellen.

Die Finanzkommission bedauert, dass der Regierungsrat offenbar nicht in der Lage war, volle Kostentransparenz in Bezug auf die angebotenen Dienstleistungen den Gerichten zu gewährleisten. Diese Kostenaufstellung wäre hilfreich, um beurteilen zu können, welcher Schritt letztlich der sinnvollere ist. Eine Entkoppelung der Gerichte von IT BS hält die Finanzkommission nicht für sinnvoll, wenn dadurch Mehrkosten entstehen würden. Zu begrüssen ist aber, dass hierzu offenbar auch noch einmal Gespräche stattfinden sollen.

Die Finanzkontrolle hielt weiter in einem Bericht fest, dass ein Problem mit der fehlenden Erfassung bzw. Rückstellungen vor allem von Ferienguthaben bei Gerichtspräsidenten besteht. Die Finanzkommission empfahl, die Ferienguthaben ebenfalls in die Rückstellungsberechnung einzubeziehen. Die Finanzkommission wollte in der Folge vom Gerichtsrat wissen, wie er mit den entsprechenden Empfehlungen der Finanzkontrolle umgehen will. Am Hearing mit der Finanzkommission teilte der Gerichtsrat mit, dass die Handhabung an den verschiedenen Gerichten unterschiedlich sei. Sie können darüber in unserem Bericht ab Seite 53 lesen. Die gemachten Ausführungen der unterschiedlichen Handhabung zeigen, dass derzeit keine einheitliche Regelung existiert. Fraglich bleibt, ob Magistratspersonen, wie es Gerichtspräsidenten, im Übrigen auch Regierungsräte sind, überhaupt einen solchen Anspruch geltend machen können. Schliesslich haben sie keinen Arbeitsvertrag mit dem Kanton. Die Finanzkommission erwartet daher vom Gerichtsrat, dass er für die Präsidien aller Gerichte eine einheitliche Regelung beschliesst und die entsprechenden Bestimmungen intern angepasst werden.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, trotz der positiven Zahlen bleibt auch der finanzpolitische Ausblick anspruchsvoll. Sie lesen dazu in unserem Bericht etwas mehr. Die Sparmassnahmen des Bundes, die Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung, geopolitische Instabilität und wachsende Anforderungen an den Staatshaushalt werden uns künftig stärker fordern. Die Finanzkommission hält deshalb fest, wir brauchen auch künftig eine kluge, eine vorausschauende und eine ausgewogene Finanzpolitik, die auf nachhaltige Investitionen setzt, aber die Belastbarkeit der öffentlichen Finanzen nicht aus den Augen verliert. Wir müssen haushälterisch bleiben, ohne in einen Rückbau zentraler Leistungen zu verfallen.

Die Finanzkommission ist mit der Qualität der Rechnung 2024 zufrieden. Sie dankt der Regierung und der Verwaltung für die sorgfältige Arbeit und stellt in Übereinstimmung mit der Finanzkontrolle fest, dass keine wesentlichen Mängel zu verzeichnen sind. Ich danke auch der Finanzkommission für die Zusammenarbeit in den vergangenen Monaten zur Erstellung dieses Berichts zur Rechnung 2024. Ich danke den Departementen und den Departementsvorstehern für den Austausch an den jeweiligen Departements-Hearings und ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und empfehle Ihnen im Namen der Finanzkommission, sie hat das einstimmig beschlossen, die Genehmigung der Rechnung 2024.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat die Präsidentin der mitberichtenden BKK, Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Das Naturhistorische Museum schliesst mit einem leicht besseren Betriebsergebnis als budgetiert ab. Dies hauptsächlich, weil bewilligte Stellen aus der Betriebsanalyse erst im Laufe des Jahres besetzt und Projekte darum verzögert gestartet werden konnten. Dem Kunstmuseum sind im Berichtsjahr 2024 durch den bewilligten Nachtragskredit mehr finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestanden als ursprünglich budgetiert. Der Präsident der Finanzkommission hat das bereits erwähnt, darum lese ich jetzt nicht mehr darüber weiter und wechsele gleich zum Antikenmuseum, zum Historischen Museum und zum Museum der Kulturen. Diese weisen leicht schlechtere Betriebsergebnisse als budgetiert aus. Die Gründe dafür, die sind unterschiedlich. Da der schriftliche Mitbericht der BKK auf diese Gründe eingeht, zähle ich sie an dieser Stelle nicht auf. Erfreulich ist, dass die Besucher*innenzahlen in allen Museen deutlich höher ausgefallen sind als budgetiert. Zum Teil haben sie sogar wieder Vor-Corona-Niveau erreicht. Auch die Anzahl der Schulklassen, die die Museen besucht haben, ist bedeutend höher als budgetiert. Auch das ist sehr erfreulich.

Ebenfalls in allen fünf Museen ist die Provenienzforschung ein grosses Thema. Alle Museen nutzen die zur Verfügung stehenden Ressourcen des Rahmenkredits sehr effizient und sind auch froh darüber. Allerdings formulieren auch alle Museumsleitungen, dass die Provenienzforschung weiterbetrieben werden muss und die Ressourcen dazu verlässlich zur Verfügung stehen sollten. Die aktuelle Rahmenausgabenbewilligung läuft 2026 aus und die Museumsleitungen wissen nicht, ob und wie viel finanzielle Mittel ihnen dann auch zur Verfügung stehen werden. Im Ratschlag für die

Rahmenausgabenbewilligung schreibt der Regierungsrat unter anderem, Zitat: Provenienzforschung ist Netzwerk-Forschung und kann in systematischer Hinsicht nur in längerfristiger kontinuierlicher Vernetzung von Wissen und internationalem Austausch erfolgreich sein. Zitat Ende. Das kann aber nur geschehen, wenn die Museen wissen, dass die finanziellen Ressourcen für die Provenienzforschung langfristig zur Verfügung stehen. Die BKK wünscht sich in diesem Zusammenhang Klarheit und Sicherheit für die Museen.

Ebenfalls beschäftigten sich alle fünf Museen mit den Themen Räumlichkeiten und Infrastruktur, sei das im Zusammenhang mit dem Neubau, einer Renovation oder einem Umbau. Da ist der Präsident der Finanzkommission auch darauf eingegangen. Diese Arbeiten, die benötigen gemäss Museumsleitungen viel Zeit und Energie. Zudem stehen alle fünf Museen vor der Umstellung auf die Vierjahres-Globalbudgets. Das Antikenmuseum, das Historische Museum und das Naturhistorische Museum, die starten damit im nächsten Jahr, das Kunstmuseum und das Museum der Kulturen im übernächsten Jahr. Die BKK wird sich dazu in der kommenden Budgetdebatte eingehender äussern.

Zum Schluss möchte ich mich herzlich bei den Museumsleitungen für die gute und unkomplizierte Zusammenarbeit mit den Subkommissionen der BKK bedanken.

Die BKK empfiehlt auch einstimmig, die Rechnungen der fünf kantonalen Museen für das Jahr 2024 zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an die Finanzdirektorin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Präsident der Finanzkommission hat bereits die Kennzahlen der Jahresrechnung 2024 ausführlich dargestellt. Daher darf ich mich nun darauf konzentrieren, nur gewisse Punkte zu unterstreichen und nochmal hervorzuheben.

Wir haben einen Überschuss von 106 Millionen, das Budget sah einen Überschuss von 67 Millionen vor. Wie bereits erwähnt, ist die Differenz sehr gering, sie ist 0,8 Prozent, das heisst, wir sind sehr nahe am Budget. Das ist einerseits gut, die Finanzkommission hat das gelobt, andererseits zeigt es, dass wir den strukturellen Überschuss abgebaut haben. Das ist mir sehr wichtig, daher möchte ich das auch betonen, ich gehe davon aus, wir werden in Zukunft nicht mehr so hohe Überschüsse bei der Rechnung präsentieren können. Selbstverständlich bin ich froh, wenn wir das machen, wie immer, aber ich möchte Ihnen hier auch wirklich verdeutlichen, dass das jetzt nicht ein Zufall ist, sollten wir davon ausgehen, dass wir diesen strukturellen Überschuss, wie Sie es auch gewünscht haben, mit den Steuersenkungen abgebaut haben. Daher wird es in Zukunft sicher enger werden.

Warum kamen wir zu diesem Ergebnis, was waren die Hauptgründe. Da möchte ich vor allem noch die Steuereinnahmen nennen. Sie sehen, dass die Einkommenssteuer, minus 50 etwa Millionen steht in der Rechnung. Das heisst nicht, dass die Einkommensteuern tiefer waren, sondern sie waren tiefer zum Budget. Das bedeutet, wir haben vermutet, dass sie stärker ansteigen. Also sie sind nicht tiefer geworden, sondern sind langsamer angestiegen, lagen also unter unseren Erwartungen. Das ist jetzt nicht schlimm, aber es ist ein Zeichen, welches wir zukünftig beobachten müssen. Weil die Einkommensteuern sind im Gegensatz zur Gewinnsteuer nicht so volatil, sondern sind eigentlich eher träge, das heisst, sie steigen langsam an und wir haben in den letzten Jahren vermutet, dass das Wachstum stärker ist. Wir lagen da aber am Anfang auch richtig, das war vielleicht auch ein Grund für gewisse Überschüsse, dass man das früher etwas zurückhaltender budgetiert hat. Nun haben wir das angepasst und jetzt sehen wir, jetzt waren wir vielleicht etwas zu optimistisch.

Die anderen Steuern, die Handänderungssteuern, die Grundstückgewinnsteuern, die lassen sich viel schwieriger budgetieren, aber die Einkommensteuern sind für uns wichtig, weil sie eben so träge sind und sich eigentlich gut in die Zukunft planen lassen. Bei den Unternehmenssteuern ist das etwas schwieriger, aber dort sind wir soweit auch auf Kurs. Auch diese sind nicht gesunken, auch wenn man den Eindruck hat. Dort war einfach das Jahr 2023, da gab es Sonderfaktoren, also von dem her sind sie auch angestiegen.

Der Hauptgrund aber, warum wir jetzt doch viel besser abgeschlossen haben, sind die höheren Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und das ist für uns auch nicht planbar. Der Bund verbucht die Steuern, so wie sie auf sein Konto kommen. Das machen wir nicht, wir grenzen ab. Wir versuchen die Steuerjahre abzugrenzen und der Bund, wenn jemand 100 Millionen bezahlt, dann wird es verbucht, das heisst, das ist viel volatiler, das kann mal hochgehen und wieder runter. Daher ist das für uns jetzt kein Signal, wir müssten das höher budgetieren in Zukunft. Von dem her, wenn man da etwas noch abzieht, vielleicht hat da jemand frühzeitig die Bundessteuern bezahlt, würde ich sagen, haben wir fast das Budget getroffen. Wir sind also da sehr genau gewesen, das heisst aber auch, dass wir eine schwarz-rote Null haben, dass wir keinen strukturellen Überschuss mehr haben.

Die Investitionen sind trotzdem weiterhin hoch. Wir haben zwar immer noch einen hohen Selbstfinanzierungsgrad, aber der ist nicht über 100 Prozent, daher sinkt auch das Nettovermögen etwas und die Nettoschuldenquote steigt leicht an. Das ist alles nicht problematisch, aber Sie wissen ja, Finanzdirektoren und -direktorinnen, die rufen gerne frühzeitig dazu auf,

vorsichtig zu sein mit den Ausgaben, weil das Schiff, das grosse Schiff, das wir haben, lässt sich nicht so leicht bremsen. Ansonsten sind wir da wirklich gut unterwegs, ich möchte da gar nicht mehr auf die Details eingehen, die wurden wirklich schon ausgeführt.

Vielleicht noch etwas zur Unterstreichung, die erste Hochrechnung 2025 zeigt immer noch ein Defizit von 15 Millionen. Das haben wir vermutet wegen dem ESC, aber es zeigt uns auch dort, dass wir wirklich hier näher am Budget unterwegs sind. Also alles in allem trotzdem ein erfreuliches Ergebnis.

Was wir jetzt in Zukunft noch sehen werden, was auf uns zukommt, ist das Entlastungsprogramm des Bundes. Da wissen wir auch noch nicht genau, was wir aufnehmen in den Finanzplan, da gibt es viele Ungewissheiten. Das heisst ja nicht, dass wir einspringen müssen bei jedem Punkt, den der Bund dann nicht mehr ausgibt, aber wie Sie auch wissen, kommt diese Forderung und mit der müssen wir uns auseinandersetzen. Zudem haben wir massive Erhöhungen im nationalen Finanzausgleich. Dort werden auch Kosten auf uns zukommen, so dass die hohe Budget-Disziplin und die sorgfältige Ausgabenpolitik weiterhin sehr wichtig sind.

Auf die einzelnen Punkte der Finanzkommission gehe ich jetzt nicht ein, da haben auch die einzelnen Vorsteher und Vorsteherinnen noch die Möglichkeit, diese Diskussion zu führen. Ich muss aber jetzt wirklich vielleicht heute nochmal speziell sagen, dass ich sehr danken möchte für die Zusammenarbeit mit der Finanzkommission. Wir haben als Finanzdepartement immer wieder einen regen Austausch zu verschiedensten Themen und ich habe auch den Eindruck, wenn ich den Bericht lese, dass wir gehört werden und dass wir auf Dinge aufmerksam gemacht werden, die wir vielleicht selber auch nicht wissen, oder Punkte, mit denen wir uns dann kritisch auseinandersetzen können. Das schätze ich sehr, auch meine Mitarbeitenden in der Finanzverwaltung und auch meine Kollegen im Regierungsrat, dieser Austausch ist wichtig für den Finanzhaushalt des Kantons, dass er so konstruktiv sein kann und wir damit die Finanzen gemeinsam im Griff behalten können. Daher vielen Dank und ich bin jetzt gespannt auf Ihre Voten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bevor diese Voten kommen, hat noch der Präsident des Gerichtsrats das Wort.

Stephan Wullschleger: Ich kann mich kurzfassen. Zunächst möchte ich mich dem Dank anschliessen. Auch wir schätzen die Zusammenarbeit mit der Finanzkommission und deren sorgfältige Begleitung unserer Arbeit sehr.

Zur Integration der IT der Gerichte in die IT Basel-Stadt kann ich Ihnen mitteilen, dass hier Bewegung in die Sache gekommen ist. Wir sind sehr froh, wir haben uns gestern mit der regierungsrätlichen IT-Delegation getroffen und es ist für uns absehbar, dass hier Möglichkeiten einer doch nicht ganz Schwarz-weiss-Lösung möglich sind. Wir sehen dem sehr zuversichtlich entgegen.

Zur Frage der Ferienregelung, hier hat bereits der Bericht der Finanzkontrolle dem Gerichtsrat Anlass gegeben, hier eine Lösung, eine Regelung im Personalreglement vorzuschlagen. Dieser Entwurf ist nun bei den Gerichten in Vernehmlassung und Sie sehen, wir haben uns bereits vor Ihren entsprechenden Empfehlungen diesem Thema angenommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Der erste an der Reihe ist Nicola Goepfert für die BastA.

Nicola Goepfert (BastA): Die Jahresrechnung, wir haben es gehört, des Kantons 2024 schliesst mit einem Überschuss von 106 Millionen Franken ab, 39 Millionen mehr als budgetiert. Gerettet wird die Rechnung insbesondere durch die direkten Bundessteuern, die mit fast 92 Millionen Franken über Budget liegen. Sowohl die Regierung als auch die Finanzkommission sprechen von einer angespannten finanziellen Lage. Das überrascht nicht. Wir spüren die Auswirkungen des letzten Steuerpakets und stehen vor der Umsetzung des Standortfördergesetzes. Beides Vorlagen, die BastA bekämpft hat. Jedes Mal, wenn es einen Überschuss gibt, sehen wir das Gleiche, die Umverteilung nach oben. Sei es durch Senkung der Vermögenssteuern, durch die Entlastung von Topverdienenden oder durch die Vergoldung der Milliardengewinne von Grosskonzernen. Damit müssen wir endlich aufhören.

Beim Standortfördergesetz fordern wir nun, dass jetzt höchstens das gesetzliche Minimum von 100 Millionen Franken ausbezahlt wird. Denn wir stehen durchaus vor grossen Herausforderungen, diese sind sozialer und ökologischer Natur. Genau dort muss das Geld hin. Es braucht Investitionen in Infrastruktur, in soziale Gerechtigkeit, in den Klimaschutz. Einige Herausforderungen werden im Bericht genannt, auf ein paar davon werde ich noch eingehen.

Für BastA ist klar, wir werden auch künftig keine Hand bieten für weitere Steuersenkungen. Und um es deutlich zu sagen, die Jahresrechnung liefert keinerlei Legitimation, um Ausgaben im sozialen oder ökologischen Bereich in Frage zu stellen. Das

Nettovermögen des Kantons ist ja auch noch vorhanden und andernfalls freuen wir uns über Unterstützung bei der Erbschaftssteuerinitiative, für die wir derzeit gemeinsam mit der JUSO Unterschriften sammeln.

Zum Personal. Der Kanton steht vor grossen Problemen in Bezug auf den Arbeitskräftemangel, unter anderem auch, weil das Personal im Durchschnitt älter ist als die übrige Erwerbsbevölkerung. Deshalb begrüsst BastA grundsätzlich das angekündigte Lohnmassnahmenpaket für schnelle Schritte wie weitere Löhne für Lernende, die Entschädigung der Umkleidezeit. Am deutlichsten zeigt sich die Personalkrise bei der Polizei. Der Unterbestand ist um zehn weitere Stellen auf 130 angewachsen und das, obwohl die Löhne mit der Arbeitsmarktzulage bereits angepasst wurden. Wie bei allen Departementen zeigt sich bei der Kapo ganz speziell, dass es allein mit mehr Geld nicht gemacht ist. Nach dem Bericht Schefer wissen wir, dass dort die Probleme tiefer liegen. Es geht um strukturelle Defizite, um eine toxische Führungskultur, um Sexismus und Rassismus. Ein bisschen Stühle rücken reicht da nicht. Der Interimskommandant bleibt tiefgreifender Reform bis heute schuldig, welche die Kultur innerhalb der Kapo tiefgreifend verändern würden.

Die Gesundheit des Kantonspersonals ist in vielen Bereichen belastet, nicht nur bei der Polizei. In allen Departementen muss die Gesundheit am Arbeitsplatz ernsthaft verbessert werden. Heidi Mück wird in einem Einzelvotum darauf und insbesondere auf die Lage der Lehrpersonen eingehen.

Es ist aber nicht nur das Personal betroffen, die psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen nehmen weiter zu. Die Mehrkosten bei befristeten Notsituationen betrugen 2,6 Millionen Franken. Ein deutliches Warnsignal. Die Schulsozialarbeit ist seit Jahren überlastet. Die Nachfrage nach der schulpsychologischen Betreuung ist konstant hoch, aber die Wartezeiten sind oft unzumutbar. Die Folge, Kinder in Krisen bleiben zu lange ohne Hilfe. Das können und dürfen wir nicht länger hinnehmen, die zur Verfügung gestellten Ressourcen müssen dringend überprüft werden.

Zur IT BS und den Gerichten. Zu unseren Bedenken in Bezug auf Microsoft und IT BS wird sich Tonja Zürcher im Votum zum GPK-Bericht detaillierter äussern.

Im Zusammenhang mit den Gerichten freut es mich jetzt zu hören, dass scheinbar eine Lösung in Aussicht ist und ich hoffe sehr, dass da eine Lösung gefunden wird, dass die Kommunikation wieder stattfinden kann. Was im Bericht steht, im Finanzbericht, ist ein schweres Versäumnis und so sollte es nicht laufen.

Bei den Gerichten selbst gibt es Handlungsbedarf in Bezug auf die Ferienregelung. Wir unterstützen die Forderung, dass für die Präsidien aller Gerichte eine einheitliche Regelung beschlossen und die entsprechenden Bestimmungen angepasst werden.

Zum JSD und der Kantonspolizei. Trotz weiterwachsendem Unterbestand steigen die Personalkosten. Das passt nicht zusammen. Die Finanzkommission hat die Budgetpraxis zu Recht erneut kritisiert. Diese muss nun endlich gründlich überprüft werden. Die Begründung vom JSD ist unzureichend. Zusätzlich verursachte der Kulturwandel nach dem Bericht Schefer fast 2 Millionen Franken an Rückstellung. Es wurde bereits genannt, für Personalmassnahmen wie Abgangsentschädigung, interimistische Besetzung und juristische Begleitung, ohne dass die, wie bereits auch schon erwähnt, dringende notwendige Reform für einen Kulturwandel sichtbar wäre.

Zum WSU. Die Ausgaben für Sozialhilfe, Prämienverbilligungen und Mietzinsbeiträge sind tiefer als budgetiert. Das sieht auf den ersten Blick vielleicht gut aus, ist aber in Wahrheit ein Problem. Denn es zeigt einerseits, dass viele Menschen, die eigentlich Anspruch hätten, vor allem bei der Sozialhilfe, ihre Rechte nicht wahrnehmen. Diese nicht Inanspruchnahme müssten wir ernst nehmen und gründlich untersuchen, denn Armut existiert auch in Basel. Wir müssen die soziale Sicherheit in Basel ausbauen und die Institutionen so gestalten, dass sie die betroffenen Menschen erreichen.

Andererseits ist besonders zentral für uns der fehlende Ausgleich der kalten Progression bei Prämienverbilligung und Mietzinsbeiträgen. Nominal steigende Löhne, real bleibt oft nichts übrig und diese Unterstützung, die fällt weg. Das ist sozialpolitisch schlicht nicht akzeptabel. Die Teuerung muss ausgeglichen werden, das ist eine dringende Erwartung von BastA, wir sind froh, ist das auch so im Bericht genannt, sowohl aus unserer Sicht bei der Prämienverbilligung als auch bei den Mietzinsbeiträgen.

Und zum Schluss erlaube ich mir noch eine kurze Bemerkung zum Geschäftsmodell Infrastruktur. Dort fordern wir einen Paradigmenwechsel. Zwar begrüssen wir den Grundsatz, dass Infrastruktur möglichst bis ans Ende der Lebensdauer genutzt wird. Wir kritisieren jedoch, dass bei der Bewertung von Bauprojekten der Restwert einer bestehenden Strasse oder Leitung oft höher gewertet wird als das öffentliche Interesse an langfristigen Entwicklungen zur Begrünung oder klimatauglicher Stadtentwicklung. Das ist aus unserer Sicht falsch.

BastA empfiehlt Eintreten, den Bericht zu den Rechnungen der fünf kantonalen Museen zur Kenntnis zu nehmen und die Rechnung zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Philip Karger.

Philip Karger (LDP): Ein Überschuss von 106 Millionen Franken ist doch ein gutes Ergebnis, oder? Ohne die knapp 92 Millionen höheren Bundessteuern würde die Bilanz allerdings ganz anders aussehen. Wir können jedoch nicht davon ausgehend, dass künftige Rechnungen dank solcher Sondereffekte weiterhin positiv ausfallen werden. Auffallend ist das hohe Investitionsvolumen von 379 Millionen, dass aktuell vom Kanton noch selber finanziert werden kann. Mit den steigenden Zahlen der Beschäftigten beim Kanton und vielen anderen Ausgaben wird das in absehbarer Zeit aber nicht mehr möglich sein. Wir sollten daher bei jeder neuen Investition und bei zusätzlichen Anstellungen von Kantonsangestellten sehr gut überlegen, ob das nötig ist und welche Auswirkungen es auf die Kantonsrechnung hat. Die Zeit von «wir haben es ja, also geben wir es aus» ist vorbei. Ich möchte hier einige weniger Punkte aus dem Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2024 kritisch beleuchten.

Die Sozialhilfe wird immer teurer, obwohl immer weniger Menschen sie beziehen. Es fehlt an Flexibilität, an Realitätssinn und an Steuerung. Wir reden von Effizienz und Digitalisierung, handeln aber unkoordiniert. Das ist keine Politik mit Wirkung, das ist Verwaltung nach Bauchgefühl. Nur damit das klar ist, die Regierung geht das genauso an wie uns hier im Parlament.

Für die Bildung wurden 2,8 Prozent mehr ausgegeben als budgetiert. Bei dieser Budgetüberschreibung fallen insbesondere die sogenannten Stellvertretungskosten auf. Das ist bedenklich, weil diese Entwicklung bereits seit 2022 bekannt ist. Da eine richtige Strategie zur Erreichung einer höheren Lehrabschlussquote immer noch nicht sichtbar ist, verwundert es auch nicht, dass diese um 7 Prozent verfehlt wurde.

Ganz allgemein wächst das Bürokratiemonster in Basel-Stadt stetig. Inzwischen kommt auf 22 Basler*innen ein Verwaltungsangestellter. Das sind 4,5 Prozent der Bevölkerung. Trotz aller Einsparungsversprechen gehen die Zahlen der Kantonsangestellten nicht zurück. Dies geht zu Lasten der Steuerzahlenden und der KMU, denen diese Fachkräfte fehlen.

Bei der Polizei fehlen nach wie vor Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch wenn sich die Lage verbessert, müssen wir im Parlament Bedingungen schaffen, damit das Korps schnell seine volle Grösse erreicht.

In Basel wird gefühlt an jeder Ecke gebaut. Die Ausgaben für viele Projekte überschreiten das ursprüngliche Budget sehr oft bei weitem. Der Ausbau der Fernwärme schleppt sich nur langsam voran. Zwar ist man stolz auf die bereits gebauten Kilometer, doch die Baustellen bestehen ewig lange und eine Koordination ist nicht erkennbar. Der Museumsbau im St. Johann wird typisch baslerisch einiges teurer als geplant. Überall gibt es Budgetüberschreitungen und Verzögerungen.

Von der gross angekündigten Schwammstadt sehe ich genauso wenig wie von grünen Flächen. Ein paar Sonnenschirme und hier und da ein Bäumchen, das nie richtig Schatten spenden wird, reichen bei weitem nicht aus. Die Betonwüsten müssen aufgebrochen werden, hier lohnt sich jeder Mehraufwand, denn das ist richtig investiertes Geld.

Laut der Regierung ist die Digitalisierung auf einem guten Weg. Dies macht sich jedoch weder in finanziellen Einsparungen noch in einfacheren Anwendungen für die Bevölkerung bemerkbar. Einige wenige Anwendungen sind im Berichtsjahr online gegangen, doch der grosse Wurf fehlt. Die kantonalen Webseiten sind zwar vereinheitlicht, aber sie sind meiner Meinung nach komplizierter geworden und weisen kaum Funktionalitäten auf.

Das Informatikprojekt Pharos, das eine sehr hohe Komplexität aufweist, hat zum Ziel, Unzulänglichkeiten in der IT zu beheben. Das bedingt eine aktive Partizipation aller Involvierten. Es bedingt auch die Bereitschaft, Änderungen anzunehmen. Das heisst konkret, aktiv an neuen Strukturen und Lösungen mitzuarbeiten. Gelinde gesagt, wir verwalten den Fortschritt, anstatt ihn zu gestalten. Wir reden von Verantwortung, meiden aber verantwortungsvolles Handeln. Dabei vergessen wir, dass wir das Geld, das wir vom Volk und dem Gewerbe auf so viele Arten erhalten, achtsam und zum Wohle aller ausgeben müssen.

Im Namen der LDP möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Finanzkommission, der Finanzkontrolle, den Behörden, bei der Regierung und bei der Verwaltung für die Arbeit bedanken. Der Dank gilt aber vor allem den Steuerzahlenden.

Die Fraktion der LDP stimmt der Rechnung und dem Bericht der Finanzkommission zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Wir haben schon vieles gehört. Die Jahresrechnung 2024 präsentiert sich fast gleich wie die der vergangenen Jahre. Wir haben eine starke Zunahme beim Betriebsaufwand von 188 Millionen, 50 Millionen davon sind Personalkosten. Wir haben eine hohe Investitionstätigkeit, was ja grundsätzlich gut ist, und wir haben trotz dem Steuerpaket von 112 Millionen einen Überschuss von 100 Millionen. Was heisst das für die Zukunft, die Finanzdirektorin hat es schon angekündigt, müssen wir vorsichtiger werden, müssen wir aufpassen mit den Ausgaben. Wenn wir sehen, was wir in diesem ersten halben Jahr hier drinnen alles schon gesprochen haben, 20 Millionen mehr Entwicklungshilfe, Prämienverbilligung bis

in die 100 Millionen und jetzt steht dann noch die Lohnerhöhung an von 20 Millionen, dann sehen wir, dass es wahrscheinlich sehr schwierig ist, jetzt schon im FD diese Budgetplanung für 2026 in Angriff zu nehmen. Da werden die einen oder anderen jetzt schon schwitzen, wie bekommen wir diese zusätzlichen strukturellen Aufwände ins Budget rein. Vielleicht hat der eine oder andere auch das Wort Sparen effektiv schon in den Mund genommen.

Wir erinnern uns, Finanzplan 2028 sind alle Positionen auf negativ gestellt. Wir gehen von einem Gesamtergebnis von minus 36 Millionen aus. Wenn wir dieses 36 Millionen jetzt vergleichen, in was wir heute in diesem ersten halben Jahr 2025 schon an zusätzlichen Ausgaben, die jährlich anfallen, gesprochen haben. Der Selbstfinanzierungsgrad letztes Jahr noch bei 160 Prozent, jetzt noch bei 90 Prozent, gemäss Finanzplan dann bei 39 Prozent. Schulden. Wir gehen wieder Richtung eine Milliarde Nettoschulden, Bruttoschulden sind wir mittlerweile Schweizer Meister, pro Kopf, wenn wir das anschauen, mit 6 Milliarden. Wenn wir so weitermachen, dann werden wir irgendwann wirklich über das Sparen anfangen zu diskutieren müssen.

Es gibt ein Zitat, unbekannt: Das Schwierigste am Sparen ist anzufangen. Leider sehe ich wenig Wille dazu, auch wenn wir die Jahresrechnung anschauen. Zwei Beispiele, ich möchte nicht mehr auf die Details eingehen, aber wir haben zum Beispiel im JSD Personalaufwände, die über Budget liegen trotz Unterbestand von 130 Personen. Wir haben das schon moniert in der Finanzkommission, wir haben auch darüber gesprochen, was jetzt mit unserer Arbeitsmarktzulage passiert, ob das ausgewertet wurde. Im Hearing hiess es noch, es gibt keine Auswertung, zwei Wochen später gibt es ein neues Lohnpaket, wo diese Arbeitsmarktzulagen zum Teil verdoppelt werden, wenn man die pro Funktionen anschaut. Oder im ED, wir haben es schon gehört, mit diesen Stellvertreterkosten. Da werden Kosten seit Jahren überschritten, das Budget wird nicht angepasst, man macht einfach so weiter. Es scheint, der Wille, mit dem Geld ein bisschen sorgfältig umzugehen, ist nicht vorhanden.

Ich könnte noch viele Beispiele aufführen, möchte es aber nicht in die Länge ziehen. Eines ist aber sicher, umso länger wir warten mit dem Sparen, umso schwieriger wird es, damit anzufangen. Und da wir als FDP nicht spüren, dass ein Sparwille vorhanden ist, sind wir einfach dezidiert der Meinung, dass wir halt auf der Einnahmeseite ansetzen müssen und nochmals die Steuern reduzieren.

Die FDP ist grundsätzlich mit dem Jahresbericht einverstanden, stimmt diesem zu und dankt der Regierung und den Mitarbeitenden für die Zusammenarbeit und die Zeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion Grüne/jgb hat das Wort Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GRÜNE/jgb): Vorab möchte ich mich bei der Finanzdirektorin und den Mitarbeitenden des Kantons und der Finanzkontrolle für die gute und sorgsame Arbeit bedanken, welche sie im Rahmen der Jahresrechnung erbracht haben. Wir freuen uns über das gute Resultat von Basel-Stadt und das zu Recht. Das Geld ermöglicht uns vieles. Gleichzeitig zeigt sich unter anderem die Steuersenkung und auch die Sparmassnahmen des Bundes und wir wissen, dass wir heute und in der Zukunft vor Herausforderungen stehen.

Zum Beispiel spüren wir die Klimakrise, sehen die Fotos und Videos, zum Beispiel von Blatten, bis wir die Fotos selbst machen, weil die Klimakrise vor unserer Haustür passiert. Und deshalb brauchen wir eine sorgfältige und nachhaltige Finanzpolitik, denn die Klimakrise kostet Geld und darauf müssen wir gewappnet sein.

So sind wir direkt beim BVD, wo wir hoffen, dass die Gelder aus den Mehrwertabgabefonds für kleinere und private nachhaltige Projekte genutzt werden sollen. Wir sehen die spannende und wichtige Arbeit des Denkmalschutzes und wir wünschen uns, dass der Spagat zwischen Denkmalschutz und Hitzeschutz in der Stadt gemacht werden kann. Denn gewisse Umbauten müssen zu Gunsten dem Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner möglich gemacht werden. Die Bearbeitungsdauer des BGI sehen wir weiterhin kritisch.

Beim Präsidialdepartement beobachten wir die Verzögerung beim Bau des Naturhistorischen Museums und Staatsarchivs, aber hoffen, dass sich in diesem Fall das Drei-Rollen-Modell bewährt. Es ist zurzeit die grösste Investition des Kantons.

Beim Erziehungsdepartement zeigt die Rechnung deutlich, welche Probleme im Departement teilweise seit Jahren herrschen. Es gibt viele belastete Kinder und Jugendliche, es gibt zu wenig Schulraum, die Stellvertretungskosten sind hoch, die Budgets werden notorisch überschritten. Kinder und Jugendliche sind Seismographen der Gesellschaft und die Lehrperson spüren das aus erster Hand. Die Abschlussquote auf Sek 2-Niveau befindet sich weiterhin nur auf 85 Prozent statt dem selbst gesetzten Ziel von 95 Prozent. Kinder und jugendliche Schüler*innen und Lernende sind unsere Zukunft. Ich persönlich wünsche mir, dass wir uns dieser Verantwortung in allen unseren Entscheidungen hier bewusst sind, sei es im ED, sei es in allen anderen Departementen und vor allem bei allen Beschlüssen, die wir hier treffen.

Zurück zur Rechnung. Beim Finanzdepartement beschäftigt uns die Umstellung auf Microsoft 365 und wir wünschen uns die Veröffentlichung der zwei Gutachten, aufgrund derer die Regierung den Entscheid getroffen hat, Microsoft für den Kanton einzuführen.

Beim Gesundheitsdepartement fiel uns der höhere Anstieg bei den stationären Behandlungen im Vergleich zu den ambulanten auf. Wir fragen uns, ob vielleicht mehr in ambulante Behandlungsorte investiert werden könnte, sei es im psychischen wie auch körperlichen Bereich. In diesem Zusammenhang möchten wir noch einmal mehr auf die zwingend notwendige gemeinsame Spitalplanung von Basel-Stadt und Baselland insistieren. Wir brauchen eine finanzierbare Gesundheitsvorsorge, darum können wir im Bereich Infrastruktur nicht nur bis zur Kantonsgrenze denken.

Beim Justiz- und Sicherheitsdepartement sind die Personal- und somit die Rekrutierungsprobleme immer noch vorhanden. Der Personalaufwand bei der Kantonspolizei wird ohne die unbesetzten Stellen budgetiert, weshalb das Budget überschritten wird. Intransparent scheint uns die Anstellungssituation des Polizeikommandanten, also ob er ad interim angestellt ist oder was der Status genau ist. Die Rückstände bei der Staatsanwaltschaft bestanden mit dem Jahresabschluss noch. Wir sind aber gespannt, wie sich die zusätzlich budgetierten Headcounts auswirken. Der Umbau des Spiegelhofs ist mit Verzögerung im Gange. Wir hoffen aber auch hier auf das Funktionieren des Drei-Rollen-Modells.

Beim Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt unterstützen wir die Empfehlung der Finanzkommission, die kalte Progression bei den Prämienverbilligungen und Mietzinsbeiträgen auszugleichen. Der Teil zur Basler Personenschifffahrtsgesellschaft hinterlässt leider einen traurigen Nachgeschmack.

Bei den Gerichten waren wir überrascht über die verschiedenen Handhabungen der Ferien. Wir schliessen uns deshalb der Empfehlung der Finanzkommission an, dass es eine einheitliche Regelung geben sollte, die bereits anscheinend im Gange sei. Darüber hinaus wünschen wir uns aber trotz Vertrauensarbeitszeiten, dass die genommenen Ferien dokumentiert werden, damit sie auch eingehalten werden. Egal ob Regierungsrät*innen, Gerichtspräsidien oder Arbeitnehmende, es gibt aus guten Gründen eine Mindestanzahl Ferienwochen pro Jahr und die müssen auf allen Ebenen bezogen werden können.

Zu Pharos und dem «all in» oder «all out» oder den heute gehörten Grautönen dazwischen unterstützen wir die Empfehlung der Finanzkommission und Geschäftsprüfungskommission. Die Gerichte sollen vom Regierungsrat in ihrer Entscheidung, wie sie mit der IT weitergehen, unterstützt werden. Es ist erfreulich, dass wir anscheinend schon eine Lösung irgendwo auf einem Tisch haben und die Details dazu würden uns dementsprechend interessieren.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und vielen Dank an meine Kommissionskolleginnen und -kollegen für die gute Zusammenarbeit.

Die Fraktion Grüne/jgb bittet Sie deshalb, der Rechnung und dem Bericht der Finanzkommission zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP das Wort hat Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Die GLP schliesst sich gerne dem Präsidenten der Finanzkommission an bei der grundsätzlichen Würdigung der Jahresrechnung und generell des finanzpolitischen Haushaltens der Regierung. Wir sehen das auch so, die Regierung macht einen guten Job, das muss man hier nochmal ausdrücklich sagen, und das gilt nicht nur für die Regierung, auch für die Verwaltung bis hin und zum Dank an den Steuerzahlenden, den zuletzt jemand von meinen Vorrednern einfliessen lassen hat, was ich einen guten Punkt fand. Soweit zum Allgemeinen.

Weiter kann ich mich auch den Vorrednern anschliessen, was die düsteren Aussichten am finanzpolitischen Himmel betrifft, was eigentlich alle Vorredner, aber natürlich auch Regierungsrätin Tanja Soland so gesagt hat. Diese Einschätzung teilen wir von der GLP. Wir sehen grosse Herausforderungen auf uns zukommen in der Zukunft. Ich möchte insbesondere die Punkte unterstreichen, die teilweise schon genannt worden sind. Das sind die Herausforderungen im Bereich der Erziehung, da sehen wir, wie die Kosten steigen und wir sehen keinen einfachen Weg, wie wir das anders machen könnten. Also da wird es keine intelligente Lösung geben, denke ich mal, auch wenn wir das als GLP natürlich immer versuchen und auch unterstützen, sondern das wird Geld kosten.

Ein anderer Punkt, der noch weniger gemacht worden ist oder gar nicht, passt aber thematisch in den Bereich der psychischen Gesundheit, insbesondere bei Jugendlichen, aber auch jungen Erwachsenen und das wird sich über die Generationen weiterentwickeln. Das heisst, das Problem kommt dann auch irgendwann mal im Erwerbsalter an oder ist schon angekommen und zieht sich dann weiter und da sehen wir eine wirklich sehr grosse gesellschaftliche Herausforderung, die natürlich nicht Basel spezifisch betrifft, sondern die man weltweit beobachten kann. Und auch da gilt wieder, was ich vorhin schon gesagt habe, natürlich sind wir alle angehalten, hier intelligente gute Lösungen zu finden, die vielleicht auch nicht so viel Geld kosten, aber realistischerweise müssen wir sagen, sehr viel wird sehr viel Geld kosten. Und das ist ein Problem, dem müssen wir uns stellen, hier hat es keinen Sinn, den Kopf in den Sand zu stecken. So viel dazu.

Was machen wir also, jetzt wieder in der Finanzpolitik. Und da will ich gerne an meinen Vorredner von der FDP, Daniel Seiler, anschliessen, der gesagt hat, das Schwierigste am Sparen ist damit anzufangen. Deshalb sollte man gar nicht erst damit anfangen, man sollte permanent sparen. Das ist die Haltung der GLP. Das sollten wir und das heisst, immer kritisch regelmässig schauen, wo gibt es Effizienzgewinne, wo gehen die hin. Es liegt in der Natur der Sache, und das ist kein Vorwurf an irgendjemand, wenn ich verantwortlich bin für eine Dienststelle, wenn ich irgendwo eine finanzielle Verantwortung trage und es gibt gewisse Entlastungen auf der Ausgabenseite dank Effizienzgewinne, weil ich Sachen besser machen kann, besser organisiert habe, dann ist nicht mein erster Reflex, mein Budget zu reduzieren, zu meinem Chef zu gehen und zu sagen, ich brauche jetzt nächstes Jahr weniger Geld, weil wir da was Gutes gefunden haben, sondern unbewusst werde ich mir überlegen, was kann ich mit diesen Mitteln auch machen in meinem Aufgabenbereich, was auch wichtig wäre. Und weil ich meinen Aufgabenbereich kenne, finde ich immer Sachen, die wichtig sind, die gut sind. Also kein Vorwurf an irgendjemand, aber im Staat müssen wir uns diesem Mechanismus bewusst sein und uns dem stellen und das heisst ganz konkret, es muss ein gewisser gesunder finanzpolitischer Druck aufrechterhalten bleiben.

Dazu verweise ich jetzt insbesondere auf die Motion, die überwiesen worden ist, die aus unseren Reihen gekommen ist, dass man die Generelle Aufgabenüberprüfung mit einem Entlastungsziel konkret versehen soll, die ja, soviel ich weiss, auch schon in Umsetzung ist. Und davon versprechen wir uns etwas, wir werden das natürlich auch kritisch anschauen, was jetzt daraus wird. So viel dazu.

Weiter wurde zu Recht auch schon in der Vergangenheit immer wieder angemahnt, insbesondere von unserer Finanzdirektorin, es liegt natürlich sehr viel Verantwortung auch bei uns als Parlament. Sehr viele Ausgaben, die dazu kommen, sind dafür verantwortlich, dass die Ausgabenseite aus unserer Sicht GLP, wenn man das ganz generell anschaut, zu stark steigt. Und da sind wir in der Pflicht, und da wurde auch schon von Vorrednern jetzt gerade jüngeren Beispiele genannt, Prämienverbilligung wurde genannt als Beispiel, mit einer knappen Mehrheit wurde das überwiesen. Diesen Entscheid müssen wir natürlich als GLP respektieren, aber wir werden uns natürlich dafür einsetzen, dass hier die Umsetzung in einem gesunden Rahmen bleibt, denn da gibt es gewissen Spielraum. Ich habe das damals schon genannt, auch als wir den Vorstoss behandelt haben, dass man die kalte Progression, dass man einen guten Mechanismus findet. Absolut, soll man machen, dass man auch schaut, braucht es eine Entlastung ein bisschen weiter in den Mittelstand hinein, wie es die Motion ja im Kern fordert. Ja, ein Stückchen weit ja, aber wir uns natürlich dafür einsetzen, dass wir hier eher beim unteren dranbleiben, was die Motionsforderung zulässt.

Anderes Beispiel, auch eine Motion von Ivo Balmer zur aktiveren Bodenpolitik des Kantons, ein ganz wichtiger Punkt, der auch mal erstmalig jetzt überwiesen worden ist. Da sind wir als GLP sehr kritisch und schauen, wie es mit diesem Thema weitergeht. Nicht, weil wir generell finden, der Kanton darf nicht aktive Bodenpolitik betreiben, aber da haben wir ein grosses Fragezeichen, ob wir uns das finanzpolitisch leisten können, da mit der grossen Kelle anzurühren, und ob das wirklich sinnvoll ist. Das also aktuelle Beispiele.

Dann generell noch zum Thema Finanzpolitik, düstere Aussichten, wie geht es weiter. Wir sind grundsätzlich zufrieden mit der Ausrichtung, mit der aktuellen Finanzpolitik der Regierung, um das noch einmal zu sagen, aber gerade auch, wenn die Zeiten wieder turbulenter werden, wenn das eintrifft, was viele jetzt so ein bisschen prophezeit haben, ist es wichtig, dass wir als Parlament auch unsere Verantwortung da gut wahrnehmen können. Dazu braucht es auch langfristige Einflussnahmemöglichkeiten und da verweise ich auf eine andere Motion aus unseren Reihen, die auch überwiesen worden ist, zur langfristigen Finanz- und Ausgabenplanung. Da bin ich dann gespannt, was da kommt, da weiss ich nichts Aktuelles. Ich wünsche mir aber auch, dass wir da eine gute Lösung finden, nicht aus einem Misstrauen gegenüber der Regierung heraus, wie gesagt, haben wir hier gutes Vertrauen im Moment, aber im Hinblick auf düstere, schwierigere Zeiten, die auf uns zukommen könnten, brauchen wir hier gute Instrumente, die griffig sind, dass auch wir als Parlament unsere Verantwortung für eine nachhaltige Finanzpolitik wahrnehmen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Cuénod. Sie wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Herr Christ, Sie haben propagiert, der Kanton sollte permanent sparen. Können Sie mir irgendeinen Bereich nennen, in denen aus Ihrer Sicht der Kanton deutlich zu viel Geld ausgibt respektive wo sehen Sie Sparpotenzial?

Tobias Christ (GLP): Das ist fast schon eine klassische Zwischenfrage und ich kann auch wieder eine ähnliche Antwort geben, die ich schon mal gegeben habe. Eigentlich habe ich es im Votum schon gesagt, ich sehe diese Punkte nicht, aber ich weiss aus abstrakten Überlegungen heraus, dass es die im kleinen immer wieder gibt und deshalb müssen wir schauen, dass die auch gefunden werden und dass diese Mittel dann unter Umständen auch zurück in den allgemeinen Topf fliessen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP das Wort hat Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Wie jedes Jahr im Juni traktandiert und kommentiert das Parlament die Rechnung des vorherigen Jahres. Einige Stimmen sind positiv, andere sind negativ und dies, nachdem doch dann jedes Jahr im Dezember das Budget faktisch völlig unkritisch abgewunken wird. Das Budget ist eigentlich das wichtigste finanzpolitische Mittel des Parlaments und hier könnten wir Ansätze bringen, hier könnten wir auch konkret sagen, wo wir weniger Ausgaben möchten.

Es ist aber so, dass wir in diesem Parlament vier verschiedene Kategorien haben. Die erste Kategorie umfasst drei linke Fraktionen, welche das Geld mit beiden Händen aus dem Fenster werfen wollen. Die sind natürlich glücklich, wenn alles ständig wächst, wenn der Staat wächst, wenn wir Mehrausgaben haben. Das ist nicht meine Meinung, aber diese Haltung ist zumindest konsequent. Dann gibt es drei bürgerliche Fraktionen, welche sich jedes Jahr bei der Rechnung darüber beschweren, dass die Ausgaben zu hoch sind, aber weder in der Finanzkommission noch beim Budget auf die Idee kommen, irgendwo irgendwelche Kürzungsanträge zu stellen. Die dritte Kategorie ist dann die GLP-Fraktion, welche ebenfalls sich beschwert, dass die Ausgaben zu hoch sind, aber in diesem Parlament sämtlichen Mehrausgaben zustimmt. Ja, Herr Christ, Sie könnten auch mal anfangen zu sparen und aufhören, bei jeder Mehrausgabe Ja zu sagen, dann hätten wir schon einmal einen guten Schritt vorwärts getan. Da könnten Sie jetzt schon anfangen in diesem Monat oder auch in der Budgetdebatte, unsere Anträge zu unterstützen, denn die vierte Kategorie ist die SVP-Fraktion, welche sich auch darüber beschwert, dass wir zu viele Ausgaben haben, aber in der Budgetdebatte konsequent auch immer sagt, wo Sparpotenzial vorliegt und auch diese Anträge konsequent stellt.

Denn eines ist ja klar, bei Ausgaben von 4,8 Milliarden und einem Überschuss von 100 Millionen haben wir definitiv nicht zu wenig Einnahmen, wir haben zu viele Ausgaben. Der Staat wächst uferlos Jahr für Jahr. Das wird von der Regierung dann auch bestritten, dass dieses uferlose Wachstum ein uferloses Wachstum ist, und trotzdem haben wir dann beim Budget im nächsten Jahr immer wieder das gleiche. Und hier wäre es wirklich auch einmal an der Zeit beim Parlament, dass wir in der Finanzkommission, die Vertreterinnen und Vertreter, und bei der Budgetdebatte hier konsequent sagen, wo Potenzial vorhanden ist, dass man Mehrausgaben trotzen kann. Und hier geht es auch nicht um eine Abbaupolitik, es wäre ja schon einmal gut, wenn der Staat nicht ständig immer nur wachsen würde und wir vielleicht auch diese 5 Milliarden-Deckelung einmal erreichen würden, dass es nicht immer weiter in die Höhe geht.

Ich komme zu den einzelnen Punkten. Bei der Sicherheit ist es so, dass wir trotz hohen Ausgaben von 4,8 Milliarden nicht in der Lage sind, die zentralste Staatsaufgabe Sicherheit ordnungsgemäss und zufriedenstellend zu erfüllen. Wir sind seit Jahrzehnten der kriminellste Kanton, da haben Fussballspiele sehr wenig damit zu tun, und wir haben auch einen Unterbestand jetzt von 130. Meine Damen und Herren, das ist ein Zustand, der so nicht weiter fortgesetzt werden kann. Und hier wurden von der Regierung in den letzten Jahren und Jahrzehnten die völlig falschen Prioritäten gesetzt. Es ist nun wirklich an der Zeit, dass der Sicherheit höhere Priorität gegeben wird, dass das jetzt als zentralste Staatsaufgabe anerkannt wird. Sie haben in den letzten Jahren immer wieder von der Klimaloki gesprochen, die rollt und die funktioniert und wie es super ist, dann machen Sie doch jetzt auch endlich mal eine Sicherheitsloki, schreiben Sie das Thema Sicherheit in den Legislaturplan und nehmen Sie das als zentrale Staatsaufgabe endlich einmal wahr in der Regierung.

Auch bei der Arbeitgeberattraktivität kann es nicht sein, dass wir jetzt bei jeder Branche der attraktivsten Arbeitgeber auf dem Markt sind, währenddessen wir nicht mehr Personal finden bei den Blaulichtorganisationen. Hier sollte jetzt der Schwerpunkt als allererstes gesetzt werden, dass wir hier diesen Unterbestand so schnell wie möglich beenden können und dass wir wieder sagen können, es kommen Personen, es kommen Menschen, die gerne für die Basler Polizei, für die Kripo, für die Blaulichtorganisationen arbeiten möchten. Das muss die Priorität in den nächsten Jahren sein. Und das Lohnmassnahmenpaket ist okay, es geht in eine richtige Richtung, aber sicherheitspolitisch muss hier mehr kommen bezüglich Attraktivität für die Arbeitnehmenden. Denn es ist ja auch klar, dass ein Polizist in der kriminellsten Stadt in der Schweiz sicherlich mehr zu tun hat als ein Polizist in Stans oder in Sarnen. Hier müssen wir auch kantonsübergreifend wahrscheinlich halt die besseren Arbeitsbedingungen haben als andere Kantone, weil wir halt diesen Zustand haben von krimineller Stadt, vielen Events, vielen Demonstrationen und dementsprechend halt auch die Polizistinnen und Polizisten sehr überlastet sind.

Ich komme zur Digitalisierung. Auch hier hat die SVP-Fraktion nicht wirklich das Gefühl, dass eine übergreifende kantonale Strategie vorhanden ist. Es scheint mehr so, dass jedes Departement sein eigenes Süppchen kocht, überall selbstverständlich mit mehr Staatsstellen, dass es überall natürlich teurer wird im Namen der Digitalisierung und hier kann ich jetzt schon ankünden, dass die SVP bei der nächsten Budgetdebatte Anträge prüfen wird, dass hier dieses Stellenwachstum bei der Digitalisierung nicht uferlos in die Höhe schnellen wird.

Beim Neubau Naturhistorischen Museum und dem Staatsarchiv hat die SVP zur Kenntnis genommen, dass der Kanton mal einmal mehr ein Snickers genommen hat, wenn es mal wieder länger dauert. Es ist ja bereits bekannt und überall so, dass gefühlt jedes Neuprojekt in diesem Kanton länger dauert, dass es teurer wird und hier kann ich auch jetzt schon ankünden, dass die SVP hier sehr kritisch prüfen wird, ob wir hier irgendwelchen Mehrausgaben zustimmen werden. Wir hatten einen Volksentscheid, wo auch die Zahlen und die Kosten eigentlich klar verankert sind und wenn dann immer alles teurer wird und

sich in die Länge zögert, dann ist es dann halt am Ende des Tages auch nicht im Sinne eines Volksentscheides, wenn eigentlich dann die Massnahmen und die Dinge einfach auch anders geklärt waren, als es dann effektiv in der Realität war.

Ich möchte aber mit etwas Positivem schliessen. Die SVP-Fraktion nimmt positiv zur Kenntnis, dass in diesem Jahr viele Grossevents stattgefunden haben oder auch stattfinden werden. Hier kann man wirklich auch sagen, dass organisatorisch relativ viel Gutes auch abgelaufen ist, dass der Kanton insbesondere auch die Sicherheitslage im Griff hat. Auch wenn es am ESC zu einzelnen grässlichen antisemitischen Vorfällen gekommen ist, hat man es organisatorisch anhand der grossen Anzahl an Menschen dann doch relativ gut über die Bühne gebracht und wir hoffen selbstverständlich auch, dass man bei der EM etwas ähnliches berichten kann. Dementsprechend sind wir auch als SVP-Fraktion stolz darauf, dass wir eine gut funktionierende Event-Stadt sind. Dort sind die Ausgaben sicherlich auch vernünftig im Sinne dann auch der Gesamtwirtschaft zu erachten.

Die SVP-Fraktion bittet Sie ebenfalls, die Rechnung zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Christ möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

Tobias Christ (GLP): Ich habe hier auch eine Zwischenfrage, die vielleicht klassisch werden kann. Können Sie mir sagen, bei diesen Budget-Kürzungsanträgen, die die SVP aus meiner Sicht verdankenswerterweise regelmässig macht, bei wie vielen Sie da schon die GLP vorgängig um Unterstützung angesucht haben?

Pascal Messerli (SVP): Ja, diese Kommunikation könnte man in den nächsten Jahren auch gerne verbessern. Es wäre aber auch wünschenswert, wenn vielleicht die GLP mal eigene Ideen bringt. Da verweise ich sehr gerne auch auf die Zwischenfrage von Herrn Cuénod.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Die Finanzsituation des Kantons ist weiterhin stabil und solide. Ein tolles Ergebnis, das nicht alle Kantone so vorweisen können. Die Budgetabweichung liegt unter einem Prozent. Wer sich schon mal mit einem komplexen Budgetierungsverfahren auseinandergesetzt hat, weiss, wie schwierig das ist und dass eine Budgetabweichung von unter einem Prozent ein wirklich sehr gutes Ergebnis ist. Auch im letzten Jahr wurden viele zum Teil auch hohe Investitionen getätigt. Das finden wir richtig. Eine Stadt, die attraktiv und im Schuss bleiben möchte, muss in die Infrastruktur und seine Bewohnenden investieren. Wir werden auf Sprechende bei den einzelnen Departementen verzichten, deshalb gehe ich nun im Fraktionsvotum kurz auf jedes Departement ein.

Im Präsidialdepartement hat im letzten Jahr vor allem das Kunstmuseum zu reden gegeben. Wir mussten einen Nachtragskredit sprechen und das neue Leitungsteam einschneidende Massnahmen beschliessen. Dank dieser wurde der bewilligte Kredit dann auch nicht vollständig beansprucht. Ich finde, das ist wichtig zu erwähnen, vor allem für die hier drinnen, die damals bei der Debatte zum Nachtragskredit über die Museumsleitung hergezogen sind und gesagt haben, ja, die können ja nicht rechnen. Offensichtlich können sie es doch. Wie die Finanzkommission finden auch wir von der SP, dass im Hinblick auf weitere Spar- und Restrukturierungsmassnahmen immer zu bedenken ist, dass tiefgreifende Kürzungen im Museumsbetrieb auch kontraproduktive Folgen haben können, weil einerseits die Gefahr besteht, dass zentrale Aufgaben nicht mehr in der erforderlichen Qualität erfüllt werden können, und andererseits eine Reduktion des Programmes auch zu einem Rückgang der Besucher*innenzahlen und der Drittmitteleinnahmen führen können. Für uns ist aber auch klar, dass sich das Finanzcontrolling verbessern muss und dass Massnahmen aus Betriebsanalysen umgesetzt werden müssen. So ein dickes Minus wie im letzten Jahr darf es nicht mehr geben.

Zu den Museen allgemein lässt sich sagen, dass die gestiegenen Besucher*innenzahlen sehr erfreulich sind. Es gibt wirklich viele tolle Angebote und es wird tolle Arbeit geleistet in den Basler Museen. Das Projekt Provenienzforschung läuft noch bis Ende 2026 und wir denken, es wäre gut, wenn bald Klarheit geschaffen wird, ob und in welcher Form diese Forschung weiterbetrieben werden kann, denn im Moment haben wir tolle und extrem gute Forscher*innen bei uns in den Museen und wenn wir sie zu lange im Unklaren lassen, ob sie ihre Forschung weiterbetreiben können, dann werden sie sich schon bald umsehen nach neuen Stellen an anderen Orten.

Das BVD muss im laufenden Jahr viel Flexibilität zeigen, denn mehrere Grossanlässe kommen diversen Bauprojekten in die Quere. Aus finanzpolitischer Sicht ist es erfreulich, dass das zu keinen Mehrkosten führen wird. Ebenfalls erfreulich finden wir, dass die erhöhte Nutzung der Velospot-Fahrräder in unserer Stadt Fahrt aufnimmt.

Im Erziehungsdepartement geben die extrem hohen Stellvertretungskosten zu reden und das nicht erst seit gestern. Das Problem ist mindestens seit 2018 bekannt. Das war vor sieben Jahren. Immerhin wurde jetzt eine Arbeitsgruppe eingesetzt und wir hoffen wirklich, dass sich diese Arbeitsgruppe mit der Datenschutzbeauftragten austauscht, um zu klären, wie eine Befragung so ausgestaltet werden kann, dass der Datenschutz nicht verletzt wird, aber gleichzeitig erfragt werden kann, was die Gründe für die Ausfälle sind. Denn so, wie die Situation jetzt ist, ist es doch für niemanden tragbar. Denn die Lösung kann ja nicht sein, dass wir einfach mehr Geld ins Budget einstellen und dann sehen die Zahlen wieder gut aus, denn hinter den Zahlen, da stehen ja Menschen und die fallen aus, weil es ihnen nicht gut geht, weil sie nicht mehr in der Lage sind, ihrer Arbeit nachzugehen und diese Probleme müssen wir angehen. Ein erster Schritt ist getan mit den Massnahmen zur Weiterentwicklung der integrativen Schule, aber es gibt noch mehr Handlungsbedarf.

In mehreren Stellen im Bericht der Finanzkommission wird aufgezeigt, dass immer mehr Kinder und Jugendliche psychische Belastungen haben und es ihnen nicht gut geht und gleichzeitig ist bei der Schulsozialarbeit die personelle Situation seit Jahren angespannt und das, obwohl diesem Dienst eine so wichtige Rolle zukommt. Die SSA fängt bis zu einem gewissen Grad die im Gesundheitsbereich fehlenden Angebote für psychisch belastete Kinder und Jugendliche auf. Die GPK empfiehlt in ihrem Jahresbericht, den besprechen wir ja später noch, daher, die Stellen bei der SSA zu überprüfen und gegebenenfalls zu erhöhen, aufzustocken. Und ich kündige Ihnen es jetzt schon an, wenn das ED selbst nicht auf die Idee kommt, die Stellen bei der Schulsozialarbeit zu erhöhen, dann werde ich das im Rahmen der Budgetdebatte fordern.

Das Finanzdepartement musste in den letzten Wochen und Monaten viel Kritik sich anhören wegen dem Entscheid, Microsoft 365 für die kantonale Verwaltung einzuführen. Die Finanzkommission hat sich in ihrem Hearing zur Rechnung damit auseinandergesetzt und sich die Vor- und Nachteile und vor allem die Überlegungen, die dahintergestanden sind, die sich das Departement dazu gemacht hat, vorstellen lassen. Wir von der SP sind der Meinung, dass das ganze öffentliche Gemotze nicht zielbringend ist. Wenn man etwas ändern möchte, also zum Beispiel Alternativen prüfen, dann sollte man Vorschläge bringen. Die Motion von Salome Bessenich betreffend «Open-Source» wurde ja zum Beispiel bereits ein erstes Mal überwiesen und wir denken, das ist der Weg, den wir gehen sollten. Wenn man etwas anderes möchte, dann muss man Vorschläge bringen.

Beim Gesundheitsdepartement wurde die überarbeitete Spitalplanung für das Klinikum 2 und 3 mit Spannung erwartet. Wir waren dann doch auch etwas erstaunt, wie man doch in relativ kurzer Zeit massgebliche Anpassungen vornehmen kann und offenbar auch muss. Wir von der SP begrüssen auf jeden Fall die überarbeitete und kostenoptimierte Planung für das Unispital.

Beim Justiz- und Sicherheitsdepartement fällt auf, dass relativ oft auf externe Dienstleistungen zurückgegriffen werden muss, weil Aufgaben nicht selbst erledigt werden können. Das finden wir nicht ganz optimal und hoffen, dass das in Zukunft anders werden kann. Die Personalsituation im JSD ist immer noch nicht ganz so entspannt, wie wir es alle gerne hätten. Mit der temporären Lohnerhöhung im letzten Jahr und dem nun vom FD ausgearbeiteten Lohnmassnahmenpaket ist viel von anderer Seite gekommen. Wir fragen uns, ob die Recruiting-Massnahmen, so wie sie heute gemacht werden, sinnvoll sind. Es gibt viele tolle Beispiele, den Auftritt an der Fantasy Basel fanden wir toll, da hat die Kantonspolizei einen megasympathischen Auftritt, aber ob zum Beispiel die Plakatkampagne in Vollmontur mit halbgaren Slogans, die 200’000 Franken gekostet hat, ob das die richtigen Leute anzieht, das stellen wir in Frage.

Beim WSU springt natürlich der Anstieg der Meldungen bei der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde ins Auge. Das ist nicht schön. Gleichzeitig muss man aber auch sagen, dass die Anzahl der Entscheide gegen den Willen der Eltern proportional gleichgeblieben ist. Das ist wichtig und gut. Der Anstieg der Meldungen bei der KESB deutet unserer Meinung nach auch auf eine Unterversorgung im psychosozialen Bereich hin und diese Angebote sind im GD verortet und wir denken, es wäre gut, wenn sich das GD diesem Thema vermehrt annehmen würde. Bei der Prämienverbilligung sehen wir es gleich wie die Mehrheit der Finanzkommission. Die kalte Progression sollte ausgeglichen werden. Wir fänden uns sinnvoll, wenn das Departement dieses Thema angeht.

Bei den Gerichten hat uns der Umgang mit den Ferienguthaben etwas erstaunt. Wenn die Finanzkontrolle etwas bemängelt, könnte man eigentlich erwarten, dass die bemängelte Sache geändert und die Empfehlung umgesetzt wird. Wir würden uns wünschen, dass in Zukunft etwas mehr Disziplin und Engagement gezeigt wird und die Empfehlung der Finanzkontrolle ernst genommen wird.

Die SP-Fraktion folgt dem Antrag der Finanzkommission.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Jenny. Sie wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Als absoluter IT-Laie interessiert mich die Antwort auf diese Frage. Was hat Open-Source-Einsatz mit der Cloud zu tun?

Jessica Brandenburger (SP): Sie dürfen sich dazu gerne die Motion von Salome Bessenich durchlesen und dann die Antwort der Regierung, sie ist noch nicht beantwortet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Die Jahresrechnung 2024 des Kantons Basel-Stadt schliesst mit einem Überschuss von 106 Millionen Franken und deutlich über Budget ab. Das ist auf den ersten Blick erfreulich, doch ein genauerer Blick auf die finanzielle Entwicklung zeigt eine Reihe von bedenklichen Tendenzen, die wir als Fraktion Mitte-EVP kritisch würdigen.

Erstens, wir haben einen Überschuss, aber strukturelle Risiken. Der Überschuss ist vor allem auf ausserordentliche Faktoren zurückzuführen. Es wurde schon darauf aufmerksam gemacht, der Anteil an der direkten Bundessteuer fiel um 92 Millionen Franken höher aus als budgetiert. Das kompensiert zum Glück die erneut ausgefallene Gewinnausschüttung der Nationalbank. Die kantonalen Steuereinnahmen, insbesondere die Einkommenssteuern blieben deutlich hinter den Erwartungen zurück. Die Unternehmenssteuern gingen gegenüber dem Vorjahr um 225 Millionen Franken zurück. Soweit dies auf den Wegzug etablierter Unternehmen aus dem wirtschaftlich zunehmend unwirtlichen Kanton zurückzuführen ist, ist der erwähnte Einnahmenrückgang als ungünstiges Signal zu werten und wird hoffentlich auch von der Regierung wahrgenommen. Insgesamt ist die strukturelle Entwicklung der Einnahmen schwächer, als es der Überschuss suggeriert. Die finanzielle Lage bleibt zwar solide, aber die Risiken nehmen zu, insbesondere mit Blick auf die kommenden Jahre, in denen Sparmassnahmen des Bundes, die OECD-Mindestbesteuerung, geopolitische Unsicherheiten die Einnahmeseite belasten werden.

Zweitens, wir haben ein ausuferndes Stellenwachstum und einen Personalausbau. Es ist immer wieder deutlich spürbar, dass dieser Kanton zu viel Geld hat und man kann das nur manchmal und immer wieder wiederholen. Daher sind wir der Auffassung, dass nicht primär die Einnahmen-, sondern die Ausgabenseite der besonderen Aufmerksamkeit bedarf. Wir müssen mit den Einnahmen, wie hoch sie auch anfallen, haushälterisch umgehen. Besonders kritisch sehen wir das ungebremste Wachstum des Staatsapparats. Seit 2020 ist die Zahl der Vollzeitstellen um fast 600 auf 9’455 gestiegen. Das sind über 6 Prozent allein im Berichtsjahr, um 163 Stellen im Erziehungsdepartement und 12 im Präsidialdepartement. Der Personalaufwand ist auf 1,5 Milliarden Franken angewachsen. Der Sach- und Betriebsaufwand liegt 5 Prozent über Budget. Der Kanton Basel-Stadt gehört bezüglich Staatsquote und öffentlichem Personalbestand nach wie vor schweizweit zur Spitze. Parlament und Regierung dieses Kantons arbeiten leider entschlossen daran, dass sich auch künftig daran nichts ändert.

Das Wachstum des Staatspersonals übersteigt das Wachstum der Bevölkerung des Kantons im Verhältnis noch immer bei weitem. Diese Entwicklung erachten wir als ungesund. Die Einführung einer Personalbremse beispielsweise mittels Bewilligung eines Stellenplafonds durch den Grossen Rat ist zu prüfen, denn das Wachstum ist nicht mehr mit einer blossen Erfüllung von Kernaufgaben zu rechtfertigen. Vielmehr werden immer neue Projekte und Programme aufgegleist von der Arbeitgeberattraktivität über Digitalisierungsinitiativen bis hin zu Subventionen für schwach genutzte Veloverleihsysteme und dergleichen. Die Verwaltung wird immer schwerfälliger, Kosten immer weniger steuerbar. Der sogenannte Fachkräftemangel im Kanton ist in diesem Sinne hausgemacht, indem dauernd neue Stellen geschaffen werden, die besetzt werden müssen und nicht selten aus der Privatwirtschaft rekrutiert werden.

Drittens, wir haben eine mangelnde finanzpolitische Disziplin. Wir stellen fest, dass gesunde finanz- und ordnungspolitische Prinzipien zunehmend in den Hintergrund geraten. Unter anderem dank der Betriebsamkeit dieses Parlaments nehmen die Staatsaufgaben und damit die Staatsausgaben und der Personalbedarf laufend zu. Es besteht zudem ein fast undurchschaubarer Dschungel an Subventionen und Staatsbeiträgen an unzählige, auch private Aufgabenträger. Die staatlichen Investitionen werden zwar als notwendig dargestellt, doch die Priorisierung bleibt intransparent und die Effizienz der Mittelverwendung ist nicht immer gewährleistet. Verzögerungen und Kostenüberschreitungen bei Grossprojekten sind, wie auch schon vorher genannt, eher die Regel, nicht die Ausnahme.

Viertens, wir haben fehlende Kostenwahrheit und -transparenz. Die explodierenden Stellvertretungskosten im Erziehungsdepartement, plus 53 Prozent seit 2018, werden erst jetzt systematisch analysiert. Die Budgetierung bei Prämienverbilligungen und Mietzinsbeiträgen hinkt der Realität hinterher. Die kalte Progression wird nicht ausgeglichen.

Fünftens, Investitionen und Verschuldung. Zwar konnte der Kanton seine Investitionen zu 90 Prozent selbst finanzieren, doch das Nettovermögen ist im Vorjahresvergleich um 38 Millionen Franken gesunken. Die Bruttoschulden liegen immer noch bei über 3,3 Milliarden Franken. Die Investitionsplanung ist angesichts der Vielzahl an Projekten und der knappen Ressourcen eine grosse Herausforderung, die mehr finanzpolitische Disziplin erfordern würde.

Was ist das Fazit und was sind die Forderungen. Als Fraktion Mitte-EVP nehmen wir den Jahresbericht des Regierungsrats und der Finanzkommission dankend zur Kenntnis und genehmigen die Jahresrechnung sowie die Rechnungen der fünf kantonalen Museen. Aber wir haben auch ein paar Forderungen.

Erstens, eine Eindämmung des Personalwachstums und eine kritische Überprüfung aller neuen Stellen. Wir werden die Frage eines Stellenplattfonds neu prüfen.

Zweitens eine regelmässige Überprüfung und gegebenenfalls Aufhebung alter Subventionen, die keine Rechtsgrundlage mehr haben oder deren Zweck aus anderen Gründen nicht mehr gegeben ist.

Drittens, eine regelmässige Überprüfung der Staatsaufgaben, die Aufhebung unnötiger Kommissionen, deren Aufgaben sich überholt haben, eine aktive Organisationsentwicklung unter Effizienz-Gesichtspunkten, wozu auch die Zusammenlegung von Ämtern und Fachstellen gehören darf, soweit Doppelspurigkeiten bestehen.

Viertens, mehr Transparenz und Kostenwahrheit bei allen staatlichen Aktivitäten.

Fünftens, eine Rückbesinnung auf bewährte Grundsätze für einen gesunden Staatshaushalt. Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren, seinen Haushalt im Gleichgewicht halten, unnötigen Ballast abwerfen, Privateigentum schützen und die Wirtschaft nicht durch überbordende Regulierungen belasten.

Der Überschuss von heute darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die finanzpolitischen Spielräume kleiner werden. Es braucht eine Kurskorrektur hin zu mehr Effizienz, Disziplin und Eigenverantwortung, damit Basel-Stadt auch in Zukunft wettbewerbsfähig und finanzierbar bleibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Cuénod. Diese wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Daniel Albietz, Sie propagieren unter anderem einen Stellenplattfonds beim Kanton. Das haben viele Kantone und Gemeinden eingeführt, kennen Sie die Erfahrungswerte ein wenig, die mit diesem Instrument gemacht wurden?

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Nein, aber ich weiss, dass auch diese Kantone nach wie vor mit der Tatsache leben, dass der Staat eher zunimmt als abnimmt. Wir müssen Lösungen finden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Zuerst danke ich einmal für Ihre Geduld, wenn Sie sich fragen, was will jetzt der da vorne noch gross reden, der hat ja eh keine Ahnung von Finanzen und unser Fraktionssprecher von der LDP hat ja schon alles gesagt und alle haben auch alles gesagt. Ich danke einmal aber auch allen, die in diesem Kanton für Prosperität sind, für Innovation sind, für das Arbeiten. Wir alle wollen eigentlich, dass es allen Menschen in diesem Kanton gut geht und was die Definition von gut geht ist, da gehen wir wahrscheinlich dann auch manchmal ziemlich weit auseinander.

Wer hätte das gedacht, dass mir die Politik so viel Freude macht und vor allem Politik zu machen, wenn die Kasse voll ist. Es erinnert mich ein wenig an Monopolyspiele, man zieht eine Karte, verlangt 200 Millionen vom Staat und der Kanton zahlt. Manchmal scheint es, als hätten wir uns daran gewöhnt, dass finanzielle Konsequenzen einfach ein Problem für das nächste Jahr sind oder noch besser, für die nächste Legislatur. Und solange das Wetter schön ist, wird fröhlich geplant, verteilt, subventioniert, gekauft, versprochen, also so quasi die Politik als Wunschkonzert, bezahlt mit Geld, das wir noch nicht einmal haben oder vielleicht gar nie reinkommt.

In den letzten Jahren hatten wir das Glück, wir hatten hohe Steuererträge, besonders aus der Pharmaindustrie, ich danke ihnen vielmals. Das hat uns beeindruckende Überschüsse beschert, aber statt die Phase zu nutzen, um nachhaltige Strukturen zu schaffen, Nachhaltigkeit zu machen oder Rücklagen zu bilden, haben wir angefangen, ich nenne sie einmal Daueraufträge in Milliardenhöhe zu verteilen. Prämiendeckel, Entwicklungshilfe, Bodenkäufe durch den Staat und die Idee dahinter scheint quasi zu sein, solange es nicht kracht, ist das doch kein Problem. Aber die Fakten reden eine andere Sprache. Für das laufende Jahr rechnet das Finanzdepartement mit einem Defizit von 15 Millionen Franken und das ist nur der Anfang. Der strukturelle Überschuss, unsere Finanzdirektorin hat das in ihrem Votum gesagt, ist weg. Die Prognosen zeigen in Richtung rote Zahlen und unterdessen erhöhen wir laufend den Fixkostenanteil im Budget mit Subventionen, Sozialausgaben, Bodenkäufe, ich habe es gesagt, und allerlei politische ideologische Experimente, nenne ich das. Es ist doch nicht die Aufgabe des Staates, jede Idee und alles, aber wirklich alles finanzieren zu wollen. Wo bleibt denn die Eigenverantwortung des Menschen? Private Innovationen, nicht staatlich subventioniert, das wäre doch auch mal etwas.

Und ich finde es paradox, gerade in den Jahren mit den besten Rechnungsabschlüssen hat das Parlament, also wir, ich inklusive, es wirklich nicht geschafft, finanzpolitische Vernunft zu zeigen. Im Gegenteil. Wer da bremst hier drin wird belächelt, wer spart ist asozial und wer den Sackrechner hervorholt, wird als Vorschriftsverhinderer abgestempelt. Wer mich da beeindruckt hat, und das sage ich sehr gern, ist immer wieder unsere Finanzdirektorin, Regierungsrätin Tanja Soland. Sie hat trotz ihrer Parteizugehörigkeit immer wieder und konsequent auf die Budgetdisziplin gepocht. Sie hat als eine von wenigen auf die langfristigen Risiken hingewiesen und ja, sie hatte häufig einen undankbaren Job, sie hat ihn immer noch natürlich, warnen, warnen, zurückweisen. Sie hat probiert, an die Vernunft und die Verhältnismässigkeit zu erinnern. Leider fast immer umsonst und musste mitanschauen, wie wir im Rat die Ausgaben wieder hochschrauben.

Wer die Finanzen kennt, weiss, es sind nicht die grossen Krisen, die uns primär gefährlich werden, es ist das schleichende Wegschauen. Wir Liberalen stehen für Eigenverantwortung und das gilt auch für den Staat. Es geht nicht darum, das Füllhorn zu verschliessen, es geht darum, mit klarem Kompass zu handeln, Prioritäten zu setzen, nein sagen zu können, auch für die nächsten Generationen. Wie sollen die mit einem Staat umgehen, der schon Daueraufträge in Milliardenhöhe hat. Da gibt es dann keinen Platz mehr, um innovativ zu sein, um genau das machen zu können, was wir heute machen. Und darum lassen Sie uns bitte gemeinsam zu einer Finanzpolitik zurückzukehren, die den Namen auch verdient. Nicht aus Prinzip, sondern aus Verantwortung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich freue mich, dass ich mich inmitten solcher Persönlichkeiten befinde. Gleichzeitig muss ich Ihnen aber auch sagen, dass ich das berühmteste Parlamentsmitglied bin, weil ich den Schnabel aufmache. Ich habe mich genau vorbereitet für diese Rede, habe mich eingelesen über mehrere Tage.

Ich warne vor Rechentricks und Verschiebebahnhöfen und ich habe eine Frage an Sie, Tanja Soland, und ich wäre auch dankbar, wenn Sie diese Frage nachher in Ihrer Rede beantworten könnten. Ich habe wortwörtlich gesagt, ich warne als Grossrat und Journalist, der das einordnet, vor Verschiebebahnhöfen und Rechentricks. Zum Beispiel muss verhindert werden, dass Zuschüsse an die Krankenkassen als Darlehen deklariert werden, um so die Schuldenbremse zu umgehen und noch mehr Schulden zu machen. Ich möchte die Finanzministerin bitten, ob das stimmt oder nicht, dass Zuschüsse an Krankenkassen als Darlehen deklariert werden in der Abrechnung, um die Basler Schuldenbremse zu umgehen und noch mehr Schulden zu machen.

Die Leute regen sich einfach auf. Wir haben so hohe Krankenkassenbeiträge, die Leute regen sich auf, dass zu viel Geld ausgegeben wird, und wenn ich die Basler Zeitung lese, die SP-Finanzdirektorin Tanja Soland rechnet allein schon für 2025 mit einem Verlust von 15 Millionen Franken in der Staatsrechnung. Als Grossrat besuche ich fast jeden Tag in Basel eine andere Institution. Und warum mache ich das, damit ich den Durchblick auch in Sachen Finanzen behalte. Ich habe jetzt einen Termin beim Chef Ombudsmann, dann habe ich anfangs Monat nochmal einen Termin bei der Chefin Datenschutz, ich habe einen Termin bei der Chefin Erbschaftsamt. So bekomme ich einfach vieles mit zum Thema Finanzen.

Weil ich viele Fragen habe, stelle ich Rückweisungsantrag und ich stelle auch Antrag auf Nichteintreten, weil zu wenig gespart wird. Als fraktionsloser Grossrat habe ich natürlich mehr Arbeit, aber ich mache es gerne. Als zukünftiger Alterspräsident des Grossen Rates Basel-Stadt muss ich mich um die Anliegen der Senioren kümmern und ich stelle einfach immer mehr und mehr fest, ohne Handy geht es nicht. Man muss für viele Sachen ein Handy haben und das finde ich nicht okay. Ich möchte es auf Papier. Ich mache jetzt nur ein Beispiel zum Thema Staatskanzlei. Vielleicht weiss unser Präsident Herr Cramer das nicht, aber zum Beispiel hat jetzt die Staatskanzlei, weil sie Geld spart, an die allgemeine Lesegesellschaft einen Brief geschrieben und dort steht, wir stellen den Grossratsversand auf Papier ein. Sie haben ein Abonnement, diese Dienstleistung entspricht insbesondere in Zeiten der Digitalisierung und des Klimawandels nicht mehr den Leitlinien der kantonalen Verwaltung. Und da wird einfach der Papierversand des Grossen Rates eingestellt, weil das die Staatskanzlei Basel sagt, Marco Greiner. An die alten Leute, die in der Lesegesellschaft sind, wird nicht gedacht.

Weltweit sind wir das Parlament mit den wenigsten Einnahmen mit einem Verhältnis 1:35 zur Regierung. Es gibt kein Parlament weltweit, das so ein grosses Gefälle hat. In Deutschland ist das Verhältnis Minister/Parlament 1:4, bei uns in Basel ist das Verhältnis der Einnahmen 1:35.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben Rückweisung beantragt, Nichteintreten können Sie nicht, da Eintreten obligatorisch ist.

Wir kommen somit zurück auf die hintere Bank. Als erstes hat der Präsident des Gerichtsrats das Wort. Er verzichtet. Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Besten Dank für all Ihre Voten. Ich habe zuerst ein paar Punkte, die ich noch vielleicht richtigstellen möchte. Vielleicht waren es auch Missverständnisse, aber Daniel Seiler, die Bruttoschulden sind ca. 3,3 Milliarden, also nicht 6, auf Seite 34 und 35 im Buch schön dargestellt, und sie sind auch gesunken. Einfach, sie sind gesunken, nur zum Sagen. Und ja, pro Kopf sind wir schweizweit meistens etwas höher, aber ich muss sagen, wenn wir hier unsere Leistungen pro Kopf rechnen, dann gehen wir einfach fehl, das können wir nicht machen. Wir sind der Wirtschaftsmotor auch der Schweiz, wie auch Zürich oder Genf. Wir sind ein reicher Kanton, wir haben eine gute Wirtschaft, unsere Pharma ist stark, ist dafür da für die ganze Schweiz. Also wir können hier nicht einfach runterfahren und sagen, es gibt keine Infrastruktur mehr, keine Bildung, kein ÖV, weil pro Kopf geben wir sonst zu viel aus. Wir müssen das auch machen. Also pro Kopf-Berechnungen sind wirklich immer sehr schwierig, da wir ein Stadtkanton sind und da wir auch ein wirtschaftspolitisch sehr wichtiger Kanton sind. Das finde ich einfach schwierig, aber die Bruttoschulden sind 3,3 Milliarden, sind gesunken, soweit in Ordnung.

Dann Budgetprozess. Ich habe zweimal gehört, dass die Museen von nichts wissen. Sie wissen nicht, wie es weitergeht und wir sollen doch endlich etwas dazu sagen. Einfach, der Budgetprozess 2026 ist seit etwa 50, 60, 70 Jahren gleich innerhalb der Verwaltung und die Regierung wird irgendwann nach den Sommerferien das Budget beschliessen und im September werden wir es veröffentlichen. Ja, das ist immer so, die Stellen im Kanton, die erhalten gewisse Nachrichten etwas früher, aber alles wird erst nach den Sommerferien beschlossen. Die Regierung muss den Gesamtüberblick haben, damit sie das Budget beschliessen kann. Also das ist ein ganz normaler Prozess.

Dann möchte ich auch noch auf die Punkte, die Sie sehr kritisiert haben, kurz reagieren. Wenn Sie sagen, Herr Messerli, Sicherheit sei das einzige Kernanliegen im Kanton, erlaube ich mir, hier zu widersprechen. Ich glaube, wir haben noch andere Kernanliegen. Ich glaube, wenn wir nicht mehr in die Bildung und Gesundheit investieren würden, hätten Sie wahrscheinlich auch Schwierigkeiten. Und ich finde es immer schwierig, wenn Sie sagen, wir sind der kriminellste Kanton und nichts läuft gut, wir machen alles schlecht, es gebe überhaupt keine Sicherheit mehr. Also wenn Sie das so überzeichnen, ich finde, Sie reden auch die Institutionen schlecht. Selbstverständlich kann man kritisieren, aber ich behauptet jetzt hier, dass wir als Regierung versuchen, wirklich das Beste zu machen. Und es gibt nicht einfach keine Sicherheit und es gibt nicht einfach nichts, sondern die gibt es. Es gibt Schwierigkeiten, die werden angegangen, aber ich finde, es nützt nichts, wenn Sie im Parlament es einfach nur schlechtreden. Ich finde, das hilft auch den Personen nichts, das hilft auch der Polizei nicht, weil sie haben ihren Auftrag und den können sie im Moment auch ausüben und das machen sie trotz Unterbestand. Also finde ich manchmal, etwas mehr Wertschätzung.

Auch beim Bauen, und ich sage das gerade, weil ich Finanzdirektorin bin und weder bei der Sicherheit noch beim Bauen primär in der Verantwortung. Sagen Sie doch nicht immer, jedes Mal wird es teurer und länger, nein, das stimmt einfach nicht. Auch wenn Sie es nochmal und nochmal sagen, es ist nicht wahr, es wird selten teurer und länger. Ja, das ist so, vor allem bei den auffälligen Projekten, aber die meisten Bauprojekte werden vom BVD in Zeit abgehalten und halten auch den Budgetrahmen ein. Und das kann man ja auch mal sagen. Also daher, reden Sie doch nicht alles schlecht. Ich finde es gut, wenn Sie bei den einzelnen Projekten kritisieren, aber es ist nicht bei allem so. Gut, sorry.

Und dann, Herr Albietz hat auch gesagt, ja, wir werden beim Budget diese Diskussion weiterführen. Sie sagen auch wieder, wir sollen uns auf die Kernanliegen beschränken. Es tut mir leid, aber wenn wir uns als reicher Kanton im reichsten Land auf der Welt uns auf die Kernanliegen beschränken sollen, dann würde ich sagen, dann habe ich einfach Mühe. Also das weiss ich nicht, Kernanliegen da können Sie in ein armes Land gehen und schauen, was dann das heisst. Das will, glaube ich, niemand hier, das will auch die Bevölkerung nicht, Kernanliegen. Und Sie, damit meinen Sie die Genossenschaften, dass wir Grundstücke kaufen und abgeben für die Genossenschaften, wäre dann auch ein Kernanliegen.

Ja, ich bin jetzt vielleicht etwas überzeichnend, aber ich habe einige Voten von Ihnen gehört, wo ich merke, Kernanliegen heisst einfach das, was Sie jetzt persönlich das Wichtigste finden. Wir bewegen uns doch in einem reichen Kanton, wir haben genug Geld, das ist doch schön. Wir haben die Möglichkeit für unsere Bevölkerung, für das Umland, für die Schweiz sogar Entwicklungshilfe zu leisten für das Ausland. Wir haben Möglichkeiten, Chancen und die sollen wir doch auch wahrnehmen, auch wenn ich von düsteren Aussichten rede. Damit wollte ich nicht sagen, wir müssen jetzt gleich quasi uns mit wirklich armen Ländern wie Tansania vergleichen. Ich rede nur davon, wir müssen mehr priorisieren, wir in der Regierung, Sie im Grossen Rat. Wir müssen zusammen herausfinden, was ist wichtig und sorgfältig ausgeben. Aber wir können nicht anfangen, uns auf die Kernanliegen zu beschränken. Also das glaube ich, ist wirklich nicht möglich und wäre auch nicht sinnvoll und würde unsere Wirtschaft auch nicht schätzen, weil damit würde sie weggehen, weil die Kernanliegen, die können sie sich sonst wo holen. Sie wollen Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Sicherheit, sie wollen dieses angenehme schöne lebenswerte Basel haben und nicht ein Kernanliegenstaat. Okay, ich bin fertig, sorry. Sie haben mich verstanden und ich glaube, schliesslich verstehen wir uns da, sind wir auf einer ähnlichen Linie.

Dann noch ein Punkt, also auch mit der Transparenz, da glaube ich, haben wir eine sehr transparente Rechnung, auf jeden Fall ist auch die Finanzkontrolle und die Finanzkommission dieser Meinung. Dass wir hier irgendwelche Subventionen geben, die nicht geprüft sind, davon gehe ich nicht aus, sondern ich glaube, das haben wir nicht. Wir prüfen immer alles, bevor wir es ausgeben. Da war ich jetzt auch etwas erstaunt. Von dem her bin ich der Überzeugung, wir haben eine transparente Rechnung, die Frage stellt sich nur, wo wir die Prioritäten setzen.

Und der letzte Punkt, der war, glaube ich, von Anouk Feurer. Wenn Sie möchten, dass wir Regierungsräte unsere Ferien nehmen und wenn wir sie nicht nehmen, dass wir Rücklagen bilden, wir können das Thema gerne besprechen. Ich wurde tatsächlich von der Finanzkontrolle gefragt, warum wir keine Rücklagen bilden wegen unseren Ferien. Wir waren etwas erstaunt, weil der Regierungsrat zählt zu den Magistratspersonen, wir haben keinen Arbeitsvertrag. Das Personalrecht gilt zwar einigermassen analog, aber wir geben auch nicht unsere Zeiten ein. Wir haben eigentlich auch keine Vertrauensarbeitszeit, daher nehmen wir so gut es geht Ferien und stehen aber auch immer zur Verfügung, wenn es dann auch mal mitten in den Sommerferien ist oder wenn es sein muss. Daher bin ich hier etwas überrascht, aber wir werden das Thema sicher näher anschauen. Ich gehe jetzt nicht davon aus, dass wir einen Antrag stellen werden auf mehrere Millionen Rückstellung für unsere Überstunden und Ferien, aber wir werden es sicher mit der Finanzkommission diskutieren, damit nachher Klarheit herrscht.

Ansonsten danke ich Ihnen für die Diskussion. Sie sehen, ich nehme es immer noch etwas emotional und ich höre Ihnen auch zu, immerhin, das können Sie als positiv nehmen. Ich bin sehr interessiert an dem und bin gespannt schon jetzt aufs Budget. Vor allem wird das sicher sehr spannend, weil ich habe mir das aufgeschrieben, das behalte ich dann, die Haltung der GLP ist, permanent sparen. Ich werde Sie beim Budget und bei allen Erhöhungsforderungen der GLP daran erinnern. Vielen Dank Herr Christ.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt drei Zwischenfragen von Herrn Seiler, Herrn Thommen und Herrn Messerli. Sie werden entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ich habe über den Finanzplan 2028 gesprochen und da die Frage, ist es nicht so, dass die Bruttoschulden gemäss Finanzplan 2028 gegen 6 Milliarden laufen?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, wir machen die Zukunftsaussichten immer etwas düster. Sorry, dann war es ein Missverständnis.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Herrn Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ist Ihnen bewusst, dass Tansania eines der wirtschaftlich aufstrebendsten Länder in Afrika ist mit hohen Wachstumsraten seit den letzten zehn Jahren?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, aber ich glaube nicht, ich war auch schon in Tansania, dass sie so viele Ausgaben wie unser Staat dort auch tätigen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Herrn Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Frau Regierungsrätin, ganz abgesehen, dass Sie mir die Worte im Mund verdreht haben, können Sie mir drei andere Bereiche nennen im Kanton, wo der Unterbestand derart krass ist wie bei der Polizei?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Das ist ja der Grund, warum wir dort versuchen, einen Schwerpunkt zu legen. Aber die Sicherheit ist gewährleistet und wir geben uns Mühe. Sie haben quasi auch gesagt, dass wir das nicht machen. Und ja, die Worte wollte ich nicht umdrehen, ich habe sie etwas überzeichnet, ich weiss.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Präsidentin der BKK verzichtet auf ein Votum. Somit hat der Präsident der Finanzkommission Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die angeregte Diskussion, jetzt gerade auch noch am Schluss. Ich habe mir auch die eine oder andere Notiz gemacht. Im deutschen Bundestag wäre nach dem Votum von Herrn Christ im Protokoll des deutschen Bundestages dann vermerkt worden in Klammern [Heiterkeit], zumindest wurde das von verschiedener Seite so

aufgenommen, auch ich bin da gespannt, wie es weitergeht. Ich werde das selbstverständlich politisch nicht. Herr Seiler hat mit einem Zitat versucht, die Debatte politisch werden zu lassen, auch das mache ich nicht. Ich kann aber auch mit einem Zitat hier kommen von Theodor Heuss, der einmal gesagt hat, ein ausgeglichener Haushalt ist nicht Ausdruck von Reichtum, sondern von Verantwortung. Das ist relativ politisch neutral und ich glaube, das widerspiegelt auch die Ausgabenpolitik der von Ihnen von unterschiedlicher Seite sehr gelobten Finanzdirektorin.

Wenn wir, ich sage es noch einmal gerne, wenn wir sehen, von was für einer Budgetabweichung wir hier sprechen, dann müssen wir doch sagen, bei einer Budgetabweichung von 0,8 Prozent bei einem Gesamtvolumen von doch gut 4,8 Milliarden Franken dünkt mich dieses Resultat, wie wir es hier vorliegen haben, doch sehr bemerkenswert gut. Der Sprecher der BastA-Fraktion, Herr Goepfert, hat erwähnt, dass uns nur die «direkte Bundessteuer» gerettet hat. So ist es natürlich nicht, wir hätten auch ohne diese 92 Millionen Franken Mehreinnahmen durch die direkte Bundessteuer bei einem Überschuss von knapp 106 Millionen Franken immer noch einen Überschuss erwirtschaftet. Ich möchte auch noch einmal daran erinnern, und das führt vielleicht ein bisschen die Diskussion der vergangenen zwei Stunden zusammen, dass auch wir als Parlament im Nachgang zum beschlossenen Budget 2024 ja noch Nachtragskredite und auch Budgetpostulate beschlossen haben. Deshalb tragen wir, das wurde mehrfach erwähnt, auch als Parlament hier eine gewisse Verantwortung für die Ausgabenpolitik des Kantons, ohne diese zu werten.

Der vielfach erwähnte finanzpolitische Ausblick auf die kommenden Jahre wird sicher etwas sein, was auch die Finanzkommission im Auge behält. Wir haben auch mit Ihrem Entscheid und dem Entscheid der Stimmbevölkerung, was dieses Steuerpaket anbelangt, mit der Umsetzung dieser OECD-Mindeststeuerreform zumindest etwas erschaffen, was für die kommen ersten Jahre der Umsetzung die Budgetierung nicht einfacher machen wird. Aber wir sind überzeugt, dass die Regierung, die Verwaltung es auch weiterhin bestmöglichst so kalkulieren wird, aber es wird auch zukünftig immer wieder Unsicherheiten geben. Wir haben, so glaube ich, ist es auch schon beschlossen, die Finanzdirektorin wird mich sonst korrigieren, zumindest auch für das Jahr 2025 wieder eine Einnahme durch die Gewinnerträge der Schweizerischen Nationalbank. Also diese jetzt zweimal weggefallene Einnahme wird im Rechnungsjahr 2025 wieder «einschlagen». Vergessen Sie das nicht. Nichtsdestotrotz ist selbstverständlich, und ich glaube, das wurde jetzt auch von Frau Soland noch einmal unterstrichen, es ist weiterhin wichtig, dass wir klug, vorausschauend und ausgewogen haushalten. Wir haben aber, ich sage das noch einmal gerne, in der Finanzkommission nicht festgestellt, dass dies nicht der Fall schon heute ist und sind sehr zuversichtlich, dass dies auch weiterhin der Fall sein wird.

Wo Sie als Parlament letztlich die Prioritäten setzen, das obliegt Ihnen, das entscheidet auch nicht die Finanzkommission. Wir diskutieren selbstverständlich die Ausgaben des Kantons. Wir stellen dann auch jeweils Dinge ja fest, wie wir es auch in diesem Bericht gemacht haben und selbstverständlich, Herr Messerli, schauen wir dann auch beim Budget als Finanzkommission kritisch darauf, was und wo Mehrausgaben gefordert sind und berichten Ihnen dann auch selbstverständlich dort gerne wieder darüber, wie es damit aussieht.

Ich danke Ihnen also noch einmal herzlich, dass sie unseren Bericht so wohlwollend aufnehmen. Die inhaltliche politische Debatte wird auch in den kommenden Jahren wahrscheinlich nicht kleiner werden. Das dürfen wir uns aber auch leisten als reicher Kanton und als reiches Land, dass wir trotz alledem solche Diskussionen führen und da kommen die unterschiedlichen Nuancen selbstverständlich der Prioritäten, Herr Furlano, auch dann in den Debatten und in den Entscheidungen zum Ausdruck. Ich glaube aber, dass dies einem Gemeinwesen auch guttut, wenn man das hier drinnen dann jeweils ausdiskutieren und ausweinen kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde von Eric Weber beantragt. Er beantragt, diesen Bericht an die FKom zurückzuweisen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zurückweisen, NEIN heisst nicht zurückweisen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 92 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006835, 25.06.25 11:27:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 92 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

Wir kommen damit zur

Detailberatung des Berichts der Finanzkommission.

Zuerst behandeln wir die allgemeinen Kapitel 1 bis 4 des Jahresberichts und des Berichts der Finanzkommission. Danach kommen wir zu den einzelnen Departementen.

Allgemeine Bemerkungen, Kapitel 1 bis 4 zum Bericht der Finanzkommission

Wünscht der Präsident der Finanzkommission das Wort? Er verzichtet. Frau Regierungsrätin verzichtet ebenfalls. Fraktionssprechende habe ich auch keine eingetragen.

Präsidialdepartement

Wünscht Herr Cramer das Wort? Er verzichtet. Der Präsident der FKom verzichtet ebenfalls. Ich habe auch hier keine Sprechenden eingetragen.

Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission

Die BKK hat einen Mitbericht zur Rechnung der fünf kantonalen Museen erstellt und empfiehlt die Rechnung zur Annahme.

Wünscht die Präsidentin das Wort? Sie verzichtet. Herr Cramer verzichtet ebenfalls. Ich habe auch keine Sprechenden eingetragen.

Bau- und Verkehrsdepartement

Frau Keller, wünschen Sie das Wort? Sie verzichtet. Der Präsident der Finanzkommission verzichtet ebenfalls. Ich habe auch keine Sprechenden eingetragen.

Erziehungsdepartement

Herr Atici, wünschen Sie das Wort? Er verzichtet. Herr Thüring verzichtet ebenfalls. Ich habe als erste Fraktionssprecherin für die Grünen/jgb Fleur Weibel eingetragen.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich nutze die Gelegenheit, um einige Worte zum Erziehungsdepartement zu sagen und beziehe mich dabei nicht nur auf den Bericht der Finanzkommission, sondern gleich auch auf den Bericht der GPK, über den wir nachher sprechen werden. Die beiden Berichte identifizieren nämlich übereinstimmende Problemstellungen und formulieren ähnliche Handlungsempfehlungen an die Regierung. Ein Umstand, dem Beachtung geschenkt werden sollte, weswegen ich hier die zentralen Punkte nochmals kurz ausführen möchte.

Die Jahresrechnung 2024 zum Erziehungsdepartement weist, meine Fraktionskollegin Anouk Feurer hat es Eingangs schon angesprochen, auf verschiedene Herausforderungen hin. Im Fokus stehen sicher die hohen Stellvertretungskosten aufgrund der massiv gestiegenen Krankheitsausfälle von Lehrpersonen seit der Coronapandemie. Die GPK empfiehlt dem ED diesbezüglich, in den Gesundheitsschutz des Lehrpersonals zu investieren und die gesundheitlichen Risiken zu beachten, die aufgrund von Überlastung entstehen. In der Finanzkommission haben wir in diesem Zusammenhang mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass das ED erst jetzt eine Arbeitsgruppe einsetzen will, um die Ursachen für die hohen Krankheitsausfälle zu analysieren und Massnahmen zur Verbesserung der Situation zu formulieren. Dies, obwohl das Problem seit mehreren Jahren besteht. Es wurde vorher vielfach angesprochen. Auch wurde erst unter der neuen Departementsleitung eine transparentere Budgetierung der sehr viel höher ausfallenden Stellvertretungskosten vorgenommen. Warum die vorherige Departementsleitung nicht auf die hohen Ausfälle reagiert hat, bleibt unklar. Klar ist auf jeden Fall, dass das Erziehungsdepartement jetzt mit vielen offenen Fragen konfrontiert ist, die dringlich angegangen werden müssen.

Offen ist dabei nicht zuletzt auch die Frage, inwiefern die vielen krankheitsbedingten Ausfällen bei den Lehrpersonen zusammenhängen mit der Besorgnis erregend hohen psychischen und psychosozialen Belastung der Kinder und Jugendlichen, die ebenfalls sowohl von der GPK und der Finanzkommission festgestellt werden. Es ist anzunehmen, dass hier ein Zusammenhang besteht. Entsprechend dringlich ist es, ausreichend Ressourcen für die Schulsozialarbeit und den schulpsychologischen Dienst zur Verfügung zu stellen, wie das die GPK fordert, und insgesamt eine umfassende Strategie zu entwickeln, die zur Verbesserung der psychischen Gesundheit der jüngeren Generationen und deren Resilienz beiträgt. Auch dieser Forderung der GPK kann ich mich nur anschliessen, denn wie der Jahresbericht 2024 zeigt, führt die psychische Belastung der Kinder und Jugendlichen an verschiedenen Stellen zu teils grösseren Budgetüberschreitungen und zur

Nichterreichung von wichtigen Legislaturzielen der Regierung, wie insbesondere einer besseren Abschlussquote auf der Sekundarstufe 2.

Hier zeigt sich also grosser Handlungsbedarf und die Fraktion Grüne/jgb erwartet, dass im Budget 2026 ersichtlich wird, dass der Regierungsrat bereit ist, diese Problemstellungen im ED anzugehen. Dazu gehört, dass die Ressourcen der Schulsozialarbeit endlich erhöht werden, denn hier ist die personelle Situation seit Jahren angespannt, was wiederum zu Ausfällen führt aufgrund von Überlastung der Mitarbeitenden. Auch der schulpsychologische Dienst braucht ausreichend Mittel, damit es nicht zu wochen- und gar monatelangen Wartezeiten kommt und dass Wartezeiten auf einen Therapieplatz überbrückt werden können. Schliesslich gilt es, substanziell in den Gesundheitsschutz des Lehrpersonals und in die Prävention zum Schutz der psychischen Gesundheit der Kinder und Jugendlichen zu investieren. Vorstösse dazu liegen auf dem Tisch des Vorstehers des Erziehungsdepartements und der Bericht der GPK macht deutlich, dass es darüber hinaus in der Verantwortung der Gesamtregierung liegt, die psychische Gesundheit der kommenden Generationen zu schützen und in deren Resilienz zu investieren. Jetzt ist also rasches Handeln gefragt und wir werden uns das Budget in diesem Hinblick sehr genau anschauen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Mein Fraktionskollege Nicola Goepfert hat das schon angedroht, ich möchte ein paar Bemerkungen zu den hohen Stellvertretungskosten und den sprunghaft angestiegenen Krankheitsabwesenheiten bei den Lehrpersonen loswerden, die im Bericht der Finanzkommission erwähnt werden.

Das ED wird nun offenbar eine Arbeitsgruppe einsetzen, die nach den Ursachen für diese hohen Krankheitsausfälle forscht. Weiter heisst es im FKom-Bericht, dass das ED mögliche Massnahmen erwähnt, die sich primär auf den Abbau der Kosten richten, wie etwa eine teilweise Lockerung der Beschulungspflicht. Bezüglich Massnahmen, die die Gesundheit des Personals verbessern, wird vom ED auf die bereits existierenden Beratungs- und Freizeitangebote verwiesen. Die FKom stellt sich dann noch die Frage, warum die seit mehreren Jahren markant höheren Stellvertretungskosten nicht schon früher budgetiert wurden.

Ich frage mich da ganz anderes. Ich frage mich zum Beispiel, was die teilweise Lockerung der Beschulungspflicht genau heissen soll. Wenn das heisst, dass Klassen von erkrankten Lehrpersonen einfach von ihren Kolleginnen nebenan auch noch beschäftigt und gehütet werden, dann ist das ja nichts Neues. Das läuft ja schon ständig so und das ist für die betroffenen Lehrpersonen, das kann ich Ihnen sagen, überhaupt nicht lustig. Wenn aber eine teilweise Lockerung der Beschulungspflicht heisst, dass Schülerinnen und Schüler von erkrankten Lehrpersonen nach Hause geschickt werden sollen, dann hört der Spass definitiv auf. Unterricht ist Care-Arbeit und diese Arbeit, die muss geleistet werden, die darf nicht aufgeschoben oder aufgehoben werden. Es braucht adäquate Stellvertretungslösungen für erkrankte Lehrpersonen und keine heimlichen Unterrichtsabbaumassnahmen, um Stellvertretungskosten zu sparen.

Ich frage mich auch, warum das ED über die zunehmenden Krankheitsfälle bei Lehrpersonen gestaunt und gerätselt hat. Ich bin nun schon seit vielen Jahren in der Bildungspolitik unterwegs und ich war fast 20 Jahre lang als Gewerkschafterin im Bildungsbereich tätig und ich muss Ihnen sagen, mich erstaunt diese Zunahme nicht, im Gegenteil. Lassen Sie uns mal weit zurückblicken ins Jahr 2002. In einer Medienmitteilung informierte das Ressort Schulen damals über die Ergebnisse einer umfassenden wissenschaftlichen Studie, die im Herbst 2001 im Auftrag des ED durchgeführt wurde. 29 Prozent aller Lehrpersonen fühlten sich gemäss dieser Studie stark bis sehr stark belastet und wiesen Merkmale emotionaler Erschöpfung auf. Der Titel der Medienmitteilung, das ist noch lustig, die lautete übrigens «Lehrerinnen und Lehrer brauchen bessere Arbeitsbedingungen».

Laut der Studie sahen 85 Prozent der Lehrpersonen in einer zeitlichen Entlastung für Aufgaben, die ausserhalb des Unterrichts anfallen, starke bis sehr starke positive Auswirkungen auf ihre Befindlichkeit. Mehr finanzielle Mittel für die Schulen, eine Reduktion der Pflichtstundenzahl, klare Regelungen bezüglich Kerngeschäft und Zusatzaufgaben sowie ein Senken der Klassengrössen gehörten ebenfalls zu den dringlichen Anliegen der Lehrkräfte. Das ED versprach damals, dass die Untersuchungsergebnisse eine Grundlage für Verbesserungsmassnahmen bilden würden, und stellte für die Umsetzung von entsprechenden Massnahmen 15 Millionen Franken in Aussicht. Ich frage mich schon, wo diese 15 Millionen hingegangen sind. Ich weiss nämlich genau, wenn wir heute die Lehrpersonen nach ihrer Belastung, nach ihren Anliegen fragen, dann werden wir in etwa das Gleiche hören wie vor über 20 Jahren, einfach ergänzt mit den Herausforderungen der integrativen Schule und den Unterstützungsbedürfnissen der zunehmend belasteten Kinder und Jugendlichen.

Deshalb bin ich nicht erstaunt über die zunehmenden Krankheitsfälle, sondern sauer, dass es so weit gekommen ist. Ich will den aktuell Verantwortlichen im ED nicht die Schuld an dieser Misere geben, aber es braucht jetzt echt keine weitere Arbeitsgruppe mehr, die über die Ursachen für die Krankheitsausfälle forscht. Ich erwarte und ich appelliere auch an Sie, dass nun auf die Bedürfnisse der Lehrpersonen gehört wird und dass die Massnahmen ergriffen werden, die die Situation wirklich verbessern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich finde es schön, wenn es eine solche Diskussion gibt, die eigentlich gar nicht geplant war. Aber ich muss sagen als Grossrat, ich finde es schade, dass dann die Bürgerlichen oder die SVP nicht reden und dass nur Grüne und SP reden. Darum rede ich jetzt noch und ich habe mich auch vorbereitet, aber ich würde mir wünschen, es würden mehr spontan reden und nicht einfach alles absegnen.

Es geht um das Erziehungsdepartement. Meine Vorrednerin Heidi Mück hat selber gesagt, sie ist lange dabei, sie ist quasi ein Urgestein und kennt sich aus. Sie hat gesagt, die Studie von 2002 mit den Lehrpersonen, dass diese erschöpft sind, aber Frau Mück hat noch etwas vergessen. Es geht nicht nur um Lehrpersonen, das wissen Sie ganz genau, Heidi Mück, diese Lehrpersonen haben sehr viele Ferien, 12 Wochen Ferien pro Jahr. Ich kriege jeden Tag auf mein Handy, was aktuell ist von diesen Schülern, dass die Lehrlinge zu wenig Ferien haben im Gegensatz zu den gleichaltrigen Schülern.

Und es wird auch oft vergessen, wenn wir jetzt über das Erziehungsdepartement reden, Herr Atici, ich muss zu diesem Geschäft Erziehungsdepartement zu bedenken geben, was nützen Gleichstellungspläne, wenn 15-jährige Mädchen sich nicht mehr sicher zur Bushaltestelle trauen. Was nützen Sonntagsreden über Frauenrechte, wenn Schülerinnen lernen, dass man besser schweigt, wenn man nicht ausgeschlossen werden will. Es darf nicht sein, dass diejenigen die Missstände benennen, mehr zu befürchten haben als die, die sie verursachen. Darum muss ich sagen, wir werden hinsehen, wir werden handeln, denn die Sicherheit unserer Kinder steht über jeder Ideologie. Ich habe selber mehrere Töchter, von denen ich das auch mitbekomme.

Ich komme zum Schluss. Basel müsste eine boomende Volkswirtschaft sein, wenn man die Schlagkraft der ökonomischen Beratung zum Massstab nimmt. Aber es wimmelt nur so von Reden, Gremien und Instituten, die der Regierung wirtschaftspolitisch zur Seite stehen. Wer es sich schönreden will, sieht darin eine ökonomische Schwarmintelligenz, die Reformen anstösst und das Wachstum in Schwung bringt. In Wahrheit wächst aber vor allem der Dschungel der Institutionen und Stichwortgeber. Geht es nicht auch eine Nummer kleiner?

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich danke der Finanzkommission für ihre sorgfältige Prüfung, kritischen Fragen und konstruktive Empfehlungen. Sie helfen uns damit, die Transparenz und Wirksamkeit in der Bildungsverwaltung zu verstärken. Und Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, vor allem Ihre weitsichtigen und konstruktiven Voten zur ED-Rechnung finde ich sehr wichtig. Zwei Themen wurden öfter in den Fraktions- oder Einzelvoten im Zusammenhang mit der ED-Rechnung erwähnt. Die steigenden Stellvertretungskosten und die psychische und psychosoziale Gesundheitsprävention an den Schulen.

Zu den Stellvertretungskosten. Ich nehme diese Kostenentwicklung sehr ernst. Deshalb wurde eine interne Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich systematisch mit dem Thema auseinandersetzt. In den vergangenen Jahren war noch nicht deutlich, ob es sich bei den steigenden Kosten für Krankheitsausfälle um eine Nachwirkung der Covidpandemie handelt oder um einen langfristigen Trend ohne Aussicht, wieder auf das Kostenniveau der Vor-Pandemiezeit zu kommen. Nun gilt es rasch, aber auch sorgfältig zu prüfen, welche Handlungsspielräume es bei den teilweise nur schwer beeinflussbaren Stellvertretungskosten überhaupt gibt bzw. welche Massnahmen aus pädagogischer und schulorganisatorischer Sicht vertretbar sind. Ohne jetzt zu viel ins Detail zu gehen, wird diese Arbeitsgruppe sich mit den folgenden Fragen und Massnahmen auseinandersetzen: Datenbasis verbessern, bessere Kategorisierung der Kostengruppe, Qualität der Datenerfassung verbessern, regelmässige Fortschritte überprüfen und sicher gehört auch der gesundheitliche Zustand der Lehrerinnen und Lehrer dazu.

Kurz zu der psychischen Gesundheitsprävention an den Schulen. Auch für den Regierungsrat ist die psychische und psychosoziale Gesundheitsprävention an den Schulen wichtig und es freut mich, dass Sie das Thema in einen grossen Kontext stellen. Die Lehr- und Fachperson, die Mitarbeitenden des Schulpsychologischen Dienstes, der Sozialarbeit und der Krisenprävention fördern die psychische Gesundheit der Schülerinnen und Schüler im Unterricht und im Schulalltag. Eine interdepartementale Arbeitsgruppe befasste sich mit der Frage, wie die psychische Gesundheit der Schülerinnen und Schüler noch besser gefördert werden kann. Die Arbeitsgruppe wird verschiedene Angebote und Vorgehensweisen zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen fundiert analysieren und Vorschläge bringen. Der Regierungsrat wird übrigens auch unter anderem im Rahmen der Beantwortung des Anzugs Fleur Weibel und Konsorten betreffend Prävention psychischer Erkrankungen ab Kindergartenalter und über die gesamte Schulzeit hinweg dazu berichten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Präsident der Finanzkommission wünscht das Wort ebenfalls.

Joël Thüring (SVP): Diese Diskussion über diese Stellvertretungskosten, wir haben das ausgegeben in unserem Bericht und ich möchte nicht mehr allzu lange hier werden, aber ich möchte schon vielleicht auf diese Grafik auf Seite 34 hinweisen. Dort, wenn man die anschaut, die Abbildung des Anstiegs der Stellvertretungskosten, der Anstieg oder der Unterschied auch zwischen Ist und dem Budget, dann sieht man hier einfach schon sehr deutlich, dass wir in den letzten Jahren zwischen 7 und 9 Millionen Franken budgetiert haben, aber effektiv die Kosten dafür zwischen 9 und fast 15 Millionen Franken waren. Das zeigt, dass dort wirklich ein Problem besteht, deshalb sind wir sehr froh, hat der Regierungsrat dieses Problem nun erkannt und schafft diese Arbeitsgruppe. Allerdings haben wir als Finanzkommission schon den Eindruck gewonnen, dass man dieser Massnahme, mit der Arbeitsgruppe ist das Problem ja dann noch nicht behoben, dann hat man maximal einmal die Erkenntnis und die Frage, was wir dann mit dieser Erkenntnis machen, muss ja das Erziehungsdepartement sich danach auch stellen.

Wir haben als Finanzkommission schon ein bisschen konsterniert reagiert, dass das nicht zu einem früheren Zeitpunkt stattgefunden hat, denn wenn Sie diese Zahlen genau anschauen, dann nimmt spätestens im 2022, aber eigentlich schon vorher, dieser Unterschied zwischen dem Ist und dem Soll, also der Abweichung zwischen Budget und den effektiven Kosten massiv zu. Und hier würden wir uns schon auch wünschen, wenn auch innerhalb des Erziehungsdepartements, wir haben keinen Zweifel, dass dies nun der Fall ist, auch im Sinne eines Frühwarn-Systems dann auch rechtzeitiger darauf reagiert wird und darauf eingegangen wird. Das unterstreicht ein wenig das auch noch einmal, was Frau Weibel in diesem Zusammenhang auch erwähnt hat, und deckt sich mit dem, was wir im Bericht der Finanzkommission gesagt oder geschrieben haben. Deshalb finden wir, wenn Sie diese Grafik anschauen, auch im Departement, dann hätte man eigentlich schon viel früher reagieren müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit verlassen wir das Erziehungsdepartement und gehen ins Finanzdepartement über. Wünscht Frau Soland das Wort? Sie verzichtet. Die Finanzkommission verzichtet. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Wir kommen zum Gesundheitsdepartement. Wünscht der Departementsvorsteher das Wort? Er verzichtet. Die Finanzkommission verzichtet. Auch keine Sprechenden hier.

Justiz- und Sicherheitsdepartement. Frau Eymann verzichtet. Die Finanzkommission verzichtet ebenfalls. Auch hier keine Wortmeldungen.

Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Kaspar Sutter wünscht das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank für die angeregte Debatte zur Jahresrechnung. Ich möchte gerne auf zwei Punkte eingehen, die in den einleitenden Voten der Fraktionssprechenden und der Einzelsprechenden Thema war.

Das erste ist die Entwicklung der Sozialhilfekosten, die seien steigend trotz fallenden Fallzahlen, dem ist nicht so. Ich habe jetzt die Zahlen nochmals rausgesucht seit 2019. Wir haben bei der allgemeinen Sozialhilfe im 2019 163 Millionen Franken Ausgaben, im 2023 150. Also da sehen wir doch eine Senkung von 12 Millionen Franken, dies trotz steigenden Kosten. Die Sozialhilfe wird konsequent an die Teuerung angepasst, wir haben auch die Mietzinsbeiträge erhöhen müssen, auch die Kosten für die Krankenkassenprämien, die sind gestiegen in dieser Zeit und trotzdem ist in absoluten Zahlen und dies trotz Teuerung ein Minus von 12 Millionen Franken. Ich habe bis 2023 verglichen, mit 2024 ist es ein bisschen schwieriger, weil wir dort ja die Steuerung umgestellt haben, es gibt dann neu einen Pauschalbereich und zwei Einzelposten, Migration und allgemeine Sozialhilfe.

Wenn man die Gesamtkosten der Sozialhilfe, und ich würde sagen, Sozialhilfe ist eine Kernaufgabe dieses Kantons, das war ja heute Morgen auch das Thema, die Sorge um Menschen, die nicht genügend haben, um ihre Existenz zu sichern, erachte ich als eine sehr wichtige Aufgabe unseres Staatswesens. Wir haben aber im Bereich der Migration eine andere Kostenentwicklung aufgrund der klar steigenden Fallzahlen. Wenn wir aber das Total anschauen der gesamten Sozialhilfe, dann hatten wir in den letzten fünf Jahren eine Steigerung von 180 Millionen auf 189, das ist eine Steigerung von 5,4 Prozent in fünf Jahren, das heisst etwa 1 Prozent. Das ist vielleicht etwa die Teuerung in dieser Zeit, also wir haben in diesem Bereich nicht den Kostentreiber unseres Staatswesens. Zum Glück, da ja eben, wie gesagt, die Fallzahlen der allgemeinen Sozialhilfe deutlich gesunken sind in den letzten Jahren, wir aber jetzt feststellen, dass wir die Talsohle erreicht haben und sie wieder leicht am Steigen sind.

Der zweite Punkt, das ist der Ausgleich der kalten Progression bei Prämienverbilligungen und Mietzinsbeiträgen. Ich möchte hier erinnern, dass in der letzten Grossratssitzung anfangs Juni wir die Diskussion hatten über die Motion Eberhard, über die Krankenkassenprämien. Der Vorschlag des Regierungsrates war eine Umwandlung in einen Anzug und damit das Prüfen, wie die kalte Progression ausgeglichen werden kann und ob drei zusätzliche Prämienklassen eingeführt werden sollen. Sie sind nicht dem Antrag des Regierungsrats gefolgt, sondern haben mehrheitlich entschieden, die Motion zu überweisen mit den Prämiendeckeln, mit diesen 10 Prozent, und deshalb wird diese Frage ja selbstverständlich bei 10 Prozent, da ist die kalte Progression ausgeglichen, im Rahmen dieser Arbeiten zu diesem Thema dann weiterverfolgt. So viel von Seiten des WSU zur allgemeinen Diskussion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Präsident der Finanzkommission verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen.

Somit kommen wir zu den Gerichten. Der Präsident des Gerichtsrates verzichtet. Wünscht der Präsident der Finanzkommission das Wort? Er wünscht es.

Joël Thüring (SVP): Nur ganz kurz, weil ich es vorher in meinem Schlussvotum zur Eintrittsdebatte vergessen habe. Ich danke dem Präsidenten des Gerichtsrates bezüglich Information zur IT-Strategie «all in» «all out». Es ist sehr erfreulich, dass offenbar hier noch einmal ein Versuch gestartet wird, auch mit der Regierung in Kontakt zu treten, oder ich muss vielleicht auch der Regierungsrätin danken, dass sie noch einmal bereit ist, mit dem Gerichtsrat in Kontakt zu treten, dass hier noch ein Austausch stattfindet. Ich glaube, das ist sicher sehr sinnvoll. Und auch die Frage zu diesen Ferienguthaben, dass es da nun eine einheitliche Lösung geben soll respektive dass dies auch schon an die Hand genommen wird, das möchte ich ausdrücklich dem Gerichtsrat bereits heute verdanken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen.

Wir kommen damit zu Behörden und Parlament. Wünscht der Präsident der Finanzkommission das Wort? Er verzichtet. Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen.

Wir kommen zum Regierungsrat. Wünscht Herr Cramer das Wort? Er verzichtet. Der Präsident der Finanzkommission verzichtet ebenfalls. Es haben sich auch keine Sprechenden gemeldet. Damit ist die Detailberatung des Berichts der Finanzkommission abgeschlossen.

Wir kommen damit zum Grossratsbeschluss zur Jahresrechnung und zur Schlussabstimmung über die Jahresrechnung.

Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, die Jahresrechnung 2024 des Kantons Basel-Stadt bestehend aus der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung sowie der Bilanz per Ende des letzten Jahres zu genehmigen. Die Geldflussrechnung, der Eigenkapitalnachweis und der Anhang zur Jahresrechnung werden ebenfalls genehmigt.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Zustimmung, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006837, 25.06.25 11:55:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Jahresrechnung 2024 des Kantons Basel-Stadt wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung 2024

Betriebsergebnis Fr. -161’100’990

Finanzergebnis Fr. 267’294’291

Gesamtergebnis Fr. 106’193’301

Bilanz per 31. Dezember 2024

Finanzvermögen Fr. 8’050’540’607

Verwaltungsvermögen Fr. 6’461’699’259

Aktiven Fr. 14’512’239’865

Fremdkapital Fr. -7’636’695’948

Eigenkapital Fr. -6’875’543’918

Passiven Fr. -14’512’239’865

Investitionsrechnung 2024

Ausgaben Fr. -435’072’589

Einnahmen Fr. 56’181’838

Saldo Investitionsrechnung Fr. -378’890’750

Die Geldflussrechnung 2024, der Eigenkapitalnachweis per 31. Dezember 2024 und der Anhang zur Jahresrechnung 2024 (gemäss Kapitel 4.4 bis 4.6 des Jahresberichts 2024) werden genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben diesem Antrag zugestimmt mit 92 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Schluss der 20. Sitzung

11:55 Uhr